

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 7. Juli 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Parteigenossen und Genossinnen Berlins.

Der Reichskanzler Fürst Bülow hat durch einen Spezialerlaß an den deutschen Votschaffer Radolin das Referat des Genossen Jaurès in Berlin unterjagt. — Die geplante Versammlung am Sonntag in der Neuen Welt wird also leider darauf verzichten müssen, zu hören, wie unser Genosse Jaurès der Solidarität des deutschen und französischen Proletariats Ausdruck verleiht. An seiner Stelle wird Reichstags-Abgeordneter Genosse Richard Fischer-Berlin über die internationale Reaktion sprechen.

Wir ersuchen die Genossen und Genossinnen, am Sonntag, den 9. Juli, 12 Uhr mittags, in der Neuen Welt zu erscheinen und energischen Protest gegen die politische Maßregelung eines Mannes zu erheben, der für Völkerrfrieden und Volksfreiheit mehr leistet als die zünftigen Diplomaten beider Länder zusammengenommen.

Parteigenossen und Genossinnen, gegen diesen Streich der Reaktion gilt es energischen Einspruch zu erheben. Wir erwarten, daß Ihr Eure Schuldigkeit tut und in Waffen, Mann für Mann, in dieser Versammlung erscheint. Die Vertrauenspersonen von Berlin und Umgegend.

## Weltblamage.

Der Kanzler des Reiches verhindert die Rundgebung des Friedens, zu welcher unser Parteifreund Jaurès sein Erscheinen zugesagt hat. Er läßt Jaurès durch den deutschen Votschaffer in Paris ersuchen, seine Reise nach Berlin zu unterlassen.

Im Beginn seiner Kanzlerschaft bemühte sich Herr v. Bülow, die sozialdemokratische Kritik zu mildern, indem er im Reichstage rief: Sie kennen mich noch nicht, warten Sie bitte ab! Die Sozialdemokratie kannte schon damals die schöne Kanzlerseele und lernte sie besser kennen. Es ward täglich mehr offenbar, daß der „moderne Staatsmann“ nicht nur jeder modernen Politik fremd, sondern auch jeder eigengesarteten Politik unfähig ist. Bülow erwies sich alsbald als Höriger aller preussischen Junkerei und Mädelerei, aller politischen Missethaten und aller ablenkenden Gewohnheiten aus dem Vormärz erblicher Polizeiwirtschaft. In der Ausweisung und Schmählung tapferer russischer Männer und Frauen erreichte die moderne Regierungskunst Bülows ihre Vollendung.

Doch im Ausland, soweit es die inneren Zustände Deutschlands nicht verfolgt, war der Kanzler noch nicht hinreichend gefasst. Im Ausland mochte er noch den Ruf einer Persönlichkeit besitzen. Im Ausland hatte der nun gekürzte Reichskanzler noch einiges zu verlieren. Jetzt hat Fürst Bülow erreicht, das Beste zu verlieren, was etwa noch zu verlieren war. Er unterbrückt die Demonstration des Weltfriedens und überliefert sich selbst einer Weltblamage, wie sie der entschiedenste politische Gegner des Reichskanzlers im Interesse des Deutschen Reiches nicht wünschen konnte.

Fürst Bülow begleitet die geniale Aktion gegen die Friedens-Rundgebung durch einen ansehnlich ausführlichen Begründungsversuch. Es gelingt ihm, wunderbar die reaktionäre Gewalttat durch die schallende Lächerlichkeit zu mildern, der die Einzelheiten seines Erlasses an den deutschen Votschaffer gewiß sind.

In der Spitze der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ glänzt das Dokument Fürst Bülowscher Selbstherrschung und Selbstbespottung:

Der Reichskanzler Fürst Bülow hat an den deutschen Votschaffer Fürsten Radolin in Paris folgenden Erlaß gerichtet:

Berlin, den 5. Juli.

Die Presse hat für den 9. Juli das Auftreten des Herrn Jaurès in einer sozialdemokratischen Versammlung in Berlin angekündigt. Wegen der Persönlichkeit des Herrn Jaurès würde ich an sich nichts einzuwenden haben. Ich schätze Herrn Jaurès als Redner; ich achte seine Anschauungen in der auswärtigen Politik und stimme nicht selten mit ihnen überein; ich freue mich, daß er mehrfach für freundliche Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich eingetreten ist.

Es handelt sich hier aber nicht um den Grad der persönlichen Wertschätzung des Herrn Jaurès, sondern um die politische Rolle, die ihm zugehoben werden soll. Das führende Organ der Sozialdemokratie in Deutschland, der „Vorwärts“, hat angekündigt, daß mit der geplanten Versammlung der Anfang eines unmittelbaren Einflusses der Sozialdemokratie auf die auswärtige Politik gemacht und der Klassenkampf auf internationaler Grundlage propagiert werden soll. Noch deutlicher kommt die verheerende Absicht der deutschen Veranstalter der Versammlung in einem Organe des sogenannten wissenschaftlichen Sozialismus, der „Neuen Gesellschaft“, zum Ausdruck. Hier heißt es u. a.: Die Revolution hat das russisch-französische Bündnis dynamisiert; jetzt ist es die historische Aufgabe der deutschen Sozialdemokratie, der französischen Republik zu leisten, was sie bei den russischen Machthabern vergebens zu finden hoffte: Schutz vor Provokationen und übertriebenen Machtansprüchen einer imperialistischen deutschen Politik. Damit ist ausgesprochen, in welche Richtung die in Aussicht genommene Rundgebung geleitet werden soll. Die deutsche Sozial-

demokratie würde die Anwesenheit des Herrn Jaurès in Berlin lediglich dazu ausnutzen, gedekt durch seine Person ihre staatsfeindlichen Bestrebungen gegen die nationalen Interessen zu fördern. Die kaiserliche Regierung kann nicht darauf verzichten, hiergegen die ihr zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden. Sie würde sonst dazu beitragen, die Ueberhebung einer Partei zu steigern, welche die in Deutschland verfassungsmäßig bestehenden Zustände umstürzen will.

Die Regierung der französischen Republik hat sich immer das Recht gewahrt, ausländischen Rednern, sobald ihr dies geboten oder opportun erschien, das Wort zu verbieten. Sie hat seinerzeit die deutschen Reichstags-Abgeordneten Debrel und Vuch verhindert, auf französischem Boden über ihre politische Tätigkeit in Deutschland zu sprechen. Sie hat im vergangenen Jahre dem deutschen Reichstags-Abgeordneten Delfor verboten, in Lameville aufzutreten. In beiden Fällen hat die französische Volksvertretung das Sorgehen der französischen Regierung gutgeheißen. Insbesondere schienen im Falle des Abbe Delfor, wenn mich mein Gedächtnis nicht täuscht, die französischen Sozialisten das Verfahren ihrer Regierung nicht verwerflich zu finden.

Wenn auch von dem Takt des Herrn Jaurès zu erwarten wäre, daß er seinerseits alles vermeiden würde, was der deutschen oder der französischen Regierung Unannehmlichkeiten bereiten könnte, so ist die gleiche Zurechnung gegenüber den deutschen Veranstaltern der Versammlung leider nicht gestattet. Herr Jaurès hat sich selbst vor bald einem Jahre in Amsterdam davon überzeugen können, wie weit in ihrer rein negierenden, doktrinären und rücksichtslosen Haltung die deutsche Sozialdemokratie von der praxischeren und patriotischeren Richtung ihrer französischen Gesinnungsgenossen entfernt ist. Unter solchen Umständen würde auch die Sache der deutsch-französischen Verständigung durch den voransichtlichen Verlauf der Versammlung nichts gewinnen.

Ich halte es daher für richtig, daß das öffentliche Auftreten des Herrn Jaurès in Berlin unterbleibt. Euer Durchlaucht wollen im Sinne dieser Ausführungen Herrn Jaurès auf dem Ihnen angemessenen erscheinenden Wege ersuchen, seine Reise nach Berlin zu unterlassen. gez. Bülow.

Der Reichskanzler erbringt den Beweis, daß in Deutschland allerdings „vaterlandslose Gesellen“ haufen. Wie ist so häufig das Ausland verherrlicht und das eigene Volk herabgesetzt und beschimpft worden als in diesem Dokument des Fürsten Bülow. Die Fälle des Lobes wird auf den französischen Politiker gehäuft, in ihm und mit ihm wird eine ganze Partei des Auslandes gelobt und verherrlicht, aber die größte Partei Deutschlands, die ein Drittel der deutschen Wähler umfaßt, wird von dem Kanzler des deutschen Reiches beleidigt und gekränkt.

Diese — um in der Sprache des Fürsten Bülow zu sprechen — unpatriotische und unnationale Tat des Fürsten Bülow vermag freilich nicht Entrüstung auszulösen, da ihre Sinnlosigkeit den Älter lediglich dem Gelächter preisgibt. Des Fürsten Bülows vaterlandsloses Treiben ist völlig sinnlos, weil es auf Behauptungen und Annahmen beruht, deren Wahrheitswidrigkeit nur die totale Unwissenheit nicht erkennt.

Niemand besser als Jaurès weiß die häßlich widerwärtigen Hubeleien des Bülowschen Erlasses gebührend zu würdigen. Sind doch diese Hubeleien von Jaurès' Vortrefflichkeit und von Jaurès' politischem Takt genau der Abklatz der gleichartigen Lobhudelei, mit der französische Nationalisten und Chauvinisten die deutsche Sozialdemokratie überschütteten, um die Abscheulichkeit der französischen Sozialdemokratie und verächtlich Jaurès' zu demütigen. Wie die französische Reaktionspresse ein wenig lernt, weiß, daß sich Jaurès und die französischen Sozialdemokraten derselben Schmähungen erfreuen, wie die deutsche Sozialdemokratie seitens der deutschen Reaktionspresse und seitens des Kanzlers der deutschen Reaktion.

Fürst Bülow, der den Takt Jaurès' rühmt, stellt dem eigenen Takt das trübste Zeugnis aus, wenn er glaubt, einem sozialistischen Politiker Lobsprüche bieten zu dürfen bei gleichzeitiger Verunglimpfung seiner Parteifreunde, die ihn nach Berlin geladen und deren Einladung zu folgen er freudig bereit ist.

Gerade aber dem französischen Chauvinismus eifert Fürst Bülow in die Hände, indem er Jaurès verhindert, Berlin zu betreten und eine Rundgebung des Friedens mit der Berliner Arbeiterklasse zu veranstalten. Indem Fürst Bülow demjenigen französischen Politiker, der unablässig bemüht war, zwischen Frankreich und Deutschland Vertrauen zu erwecken und zu festigen, die Tür verschließt, gibt er den französischen Chauvinisten Gelegenheit, dem französischen Volk vorzuhalten, daß es unmöglich ist, Vertrauen zu einem Rachebarn zu haben, dessen Franzosenhaß selbst den „Deutschensfreund“ Jaurès gewalttätig zurückweist. Fürst Bülow labet die Verschuldung auf sich, Störenfried der deutsch-französischen Annäherung zu sein und den Schürzen der Nationalitätenverehrung Vorschub zu leisten.

Um den Gewaltstreich zu beschönigen, erklärt Fürst Bülow plötzlich die Maßnahmen der französischen Regierung als vorbildlich und musterhaft für sein eigenes Handeln: Frankreich habe einmal Vuch und Debrel, dann Delfor nicht sprechen lassen, also verwehre er Jaurès das Wort in Deutschland. Welch groteskes Schauspiel, in Bülow einen Rächer Debrel's ersehen zu sehen!

Diese Verhüllung auf Frankreich, die nur erfolgt, wenn es einen politischen Fehler begeht, erweist sich aber bei genauerer Prüfung als groblich Irreführung. So überaus mißbilligenswert auch das Verhalten der französischen Regierung in jenen Fällen war, so sind sie gleichwohl durchaus unvergleichbar mit dem jetzigen Verfahren des Fürsten Bülow. Vuch und Debrel sollten im Jahre 1896 auf französischem Boden eine Versammlung abhalten, die ursprünglich auf benachbarten eifrigen Gebiete anderrannt war, aber durch die deutsche Verbote verboten wurde. In diesem Falle glaubte die französische Regierung eine unfreundliche Handlung gegen die

deutsche Regierung zu begehen, wenn sie die Umgehung des Verbots zuließ. Uebrigens war es das reaktionäre Ministerium Melme, das diese schmählische und kleinliche Maßregel traf, auf welche sich Fürst Bülow nun berufen zu dürfen glaubt. Abbe Delfor aber ist gehindert worden, in Frankreich eine Rede zu halten, die sich unmittelbar gegen die Kirchenpolitik Frankreichs richtete. Alle diese oder ähnliche Momente kommen jedoch für das jetzige Verbot ganz und gar nicht in Betracht.

Welch wirklicher Beweggrund verleitete den Fürsten Bülow zu seinem Eingreifen in die Manifestation des Friedens? Ausschließlich die Gegnerschaft gegen die deutsche Sozialdemokratie! Diese Gegnerschaft des obersten Vertreters des heutigen Regierungssystems und der heutigen junkerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist selbstverständlich. Schmählisch aber ist die Methode, in der die Gegnerschaft geübt wird!

Der Erlaß beruht auf die „verheerende Absicht der deutschen Veranstalter der Versammlung“, auf den Plan „eines unmittelbaren Einflusses der Sozialdemokratie auf die auswärtige Politik“. Es sei ganz davon abzusehen, daß die Veranstalter der Versammlung, unsere Berliner Parteigenossen, auf den Artikel der im Erlaß genannten Wochenschrift nicht den mindesten Einfluß genommen haben. Die Absichten der Sozialdemokratie mögen dem Reichskanzler heberisch oder umstürzlerisch erscheinen, er mag in ihnen die „Gefahr“ einer Ueberhebung erblicken, — es ist das gute Recht der Sozialdemokratie, für ihre Anschauungen zu wirken. Dieses gute Recht kann dadurch nicht aufgehoben werden, daß ein französischer Politiker an seiner Ausübung teilnimmt. Wenn der Reichskanzler gleichwohl dieses Grundrecht unterdrückt, indem er hohle Worte von „staatsfeindlichen Bestrebungen gegen die nationalen Interessen“ auswendet, beweist er die vollendete Unfähigkeit, den Kampf gegen die Sozialdemokratie mit den Mitteln des Rechts und der Loyalität zu führen. Damit offenbart er aber vor der gesamten zivilisierten Welt, daß die Politik der deutschen Regierung eine Politik ist der kleinlichsten Gehässigkeit und ödesten Polizeigebirane.

Die Sozialdemokratie darf dem Fürsten Bülow danken, so sehr sie auch die Schande, die dem deutschen Rufe zugefügt ist, schmerzt. Fürst Bülow hat durch die Verhinderung des Kulturwerkes der Friedensrundgebung die Jämlichkeit unserer politischen Zustände vor dem Inlande und dem Auslande unüber-trefflich geoffenbart. Fürst Bülow wird der vorzüglichste Agitator der Sozialdemokratie; er zwingt die Harnlosseken zur Erkenntnis, welche gewaltige Aufgabe der Sozialdemokratie gestellt ist, um aus dem deutschen Reiche der Gewalt und Polizeiwirtschaft ein Reich politischer Gestaltung, ein freies Reich zu schaffen!

## Die bürgerliche Presse — vor dem Versammlungsverbot!

Das „Berl. Tagebl.“ sagt:

... Herr Jaurès ist einer der Männer in der politischen Arena Frankreichs, die mit besonderem Eifer und besonderer Autorität einer Verständigung mit Deutschland das Wort reden. Was es wirklich ein glücklicher Griff, diesen Mann zu verheeren? Denn verleiht er sich nicht, auch trotz der besonderen Höflichkeit, mit der die Regierung ihm ihre Gegnerschaft gegen sein Auftreten wissen lassen will. Die deutsche Diplomatie, die Herrn Jaurès von der Stellungnahme der Berliner Regierung in dieser Sache unterrichten soll, wird ihm versichern, daß die Berliner leitenden Kreise Herrn Jaurès persönlich hochschätzen und ihm nichts in den Weg legen würden, wenn nicht die deutsche Sozialdemokratie seinen Vortrag als ihren Parteitriumph ausgedeutet hätte. Herr Jaurès wird diesen tatsächlich aufrichtig gemeinten Erklärungen vielleicht Glauben schenken. Aber verlegt wird er doch sein. Und man sollte die wenigen aufrichtigen und einflussreichen Freunde, die wir in Frankreich haben, nicht vor den Kopf stoßen und ihren Gegnern in Frankreich nicht Handhaben geben, sie ob ihrer Deutschfreundlichkeit zu verpöten. Selbst die „Germania“, die Jaurès als Gegner des Merkantilismus haßt, bemerkt:

Jaurès erklärte, wie aus Paris gemeldet wird, gestern in den Wandelgängen der Deputiertenkammer, er habe bisher keinerlei Nachricht erhalten, daß die deutsche Regierung ihm die Abhaltung eines öffentlichen Vortrages in Berlin zu unterlegen beabsichtige. Da diese Erklärung von dem offiziellen Berliner Telegraphenbureau verbreitet wird, darf man wohl annehmen, daß die Regierung in der Tat an ein Verbot nicht denkt. Ueher den Scharfmachern ist alles darüber einig, daß das Verbot unnütz wäre.

Die „Berl. Neuest. Nachrichten“ sagen:

Es kommt ja gar nicht in Betracht, ob das Auftreten eines französischen Sozialisten willkommen ist oder nicht, sondern nur die Frage, ob irgend ein vernünftiger Grund vorliegt, dieses Auftreten zu verbieten. Das aber scheint nicht der Fall zu sein. Es ist nicht zu erwarten, daß Jaurès irgend etwas entgegen gegen die deutschen Zustände oder gegen gute deutsch-französische Beziehungen äußern wird. In seinem Blatt „Humanität“ hat er seit Wochen für eine Gesundung dieser Beziehungen gewirkt.

Die deutsche Regierung oder das deutsche Volk haben von einem Jaurès nichts zu fürchten. Plamiert sich bei diesem Anlaß die Sozialdemokratie, so ist das eben nur ihre Blamage. Ihr vor-zubeugen hat keine Regierung begründeten Anlaß. Würde dagegen das Auftreten Jaurès verboten, so wänt das leicht den Schatten der Kleinlichkeit oder gar Keuschlichkeit auf die Verbietenden werfen.

Man lasse daher den Berliner Sozialdemokraten das Vergnügen, einen Redner, dessen Sprache sie der Mehrzahl nach nicht verstehen, wenigstens ansehen zu dürfen. Das nicht-sozialdemokratische Berlin oder braucht sich durchaus nicht zu schämen, wenn es sich dafür interessiert, einen Mann, von dem es so viel hört, auch einmal persönlich zu sehen und als Redner kennen zu lernen. Nur gilt es da, eine Stippe zu meiden: man darf nicht durch Verfalls-Ordnungen die Täuschung erwecken, als sei man Gesinnungsgenosse des französischen Sozialisten. Zwar steht er an Intelligenz, Takt und Patriotismus hoch über seinen deutschen Genossen. Aber auch er ist ein Todfeind der bürgerlichen Gesellschaft, als welchen sich Debrel

## Die Interfions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolon-gelle oder deren Raum 40 Pfg. für politische und gesellschaftliche Vereine und Versammlungs-Anzeigen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (selbstgebrachte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inverale für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochen-tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

so emphatisch bekennend. Nur ist er wohl zu geschmackvoll, derartige Tendenzen an der unwichtigen Stelle zum Ausdruck zu bringen. Seine ganze Vergangenheit würde unseres Erachtens ein prophylaktisches Eingreifen der Polizei nicht rechtfertigen.

Die „Kölnische Zeitung“ führt aus:  
„Es wäre unseres Erachtens nicht nur unklug, sondern auch ein Zeichen bedauerlicher Schwäche, wenn die Regierung dem Drängen konservativer Schatzmacher nachgeben und Herrn Jaurès in Berlin das Wort verbieten würde. Das deutsche Bürgertum kann der in Berlin geplanten Verdrößerung deutscher und französischer Sozialisten ohne jede Beschränkung entgegensehen und wird ihr mit dem Interesse folgen, das die Person des Deputierten Jaurès und sein nicht zu unterschätzender Einfluss in Frankreich erregen. Darüber hinaus hat der ganze Vorgang eigentlich nur für die beteiligten sozialistischen Kreise Bedeutung. Gibt sich Herr Jaurès in Berlin so, wie wir ihn von Frankreich aus kennen — und daran zu zweifeln liegt kein Grund vor —, so kann es weder den deutschen Sozialdemokraten, noch dem deutschen Bürgertum Schaden, wenn das in politischer, wie auch in gesellschaftlicher Hinsicht verständliche Gebaren der um Jaurès gruppierten französischen Sozialisten in etwas auf unsere „Genossen“ abfällt. Begehrt Herr Jaurès aber, was von ihm kaum zu erwarten ist, Taktlosigkeiten, so fällt der Schaden davon auf ihn und seine französischen und deutschen Parteigänger zurück. Also, man lasse Herrn Jaurès ruhig reden.“

Die „Frankfurter Zeitung“:  
Am nächsten Sonntag soll, wie bekannt, Jaurès in Berlin über die Erhaltung des Weltfriedens sprechen und zwar in besonderer Beziehung auf Sozialismus und Proletariat, was ja bei seiner Parteilichkeit natürlich ist. Um dieses Auftreten von Jaurès in der Reichshauptstadt hat sich nun schon eine ganze Diskussion in konservativen und ähnlichen Blättern entsponnen. Wird es gestattet werden? Soll es gestattet werden? Daß es gestattet werden? Und so weiter. Diese konservativen Blätter, die immer so tun, als ob sie das Amt gepachtet hätten, die Ehre Deutschlands vor dem Auslande zu wahren, und sich herausnehmen, anderen darüber gute Lehren zu geben, merken wieder einmal gar nicht, daß sie selber Deutschland vor aller Welt blamieren. Ein französischer Sozialist, bekannt als gemäßigter und talkvoller Mann, will einer Einladung folgend in Berlin eine Rede halten. Es ist tausendmal ein zu werten, daß diese Rede, da eben Jaurès sie halten soll, zu irgend einer Beanstandung des deutschen Standpunktes aus keinen Anlaß geben wird, und überdies soll es eine Rede sein im Interesse des Weltfriedens. Der Friede zwischen Deutschland und Frankreich ist zwar nicht gefährdet, aber eine Rede, die der Verständigung zwischen den beiden Nationen das Wort spricht, ist doch unter allen Umständen eine gute Sache. Dennoch schämen sich konservative Blätter nicht, zu verlangen, daß Jaurès das Reden unterjagt werde. Wenn sein Auftreten in Berlin gar keinen besonderen Zweck hätte, so wäre es schon blamabel, auch nur die Frage aufzuwerfen, ob man dem bekannten Parlamentarier Jaurès in Berlin das Reden gestatten dürfe. Unter den konkreten Umständen aber, da die Rede eine Friedensrede sein soll, muß jenes Vorgehen der konservativen Blätter Deutschland vor dem Auslande noch besonders kompromittieren. . . .“

## Die russische Revolution.

„Potemkin“.

„Man bohrt das Reuterschiff in Grund!“  
Zornbedend ruft's der Admiral.  
„Ist unsre Herrschaft auf dem Hund?  
Welch himmelschreitender Skandal!  
Noch sind die Rollen nicht vertauscht,  
Wenn's auch in allen Zügen kracht.“  
Nasch nach Odeffa dampft und rauscht  
Des rächenden Geschwaders Nacht.  
Doch unterwegs mit jedem Stoß  
Und jeder Welle vorwärts bricht  
Und lodert sich's im Grunde los —  
Starr wird des Admirals Gesicht.  
Vom Kesselraume schlägt der Groß  
Bis hoch auf die Kommandobrill.  
Zählings reißt ab geheimnisvoll  
Das „Leben für den Zaren“-Stück.  
Parole rinkt elektrisch um,  
Zuckt durch die Offiziere schon:  
„Kein Schuß. Kein Schritt.“ Entsetzendum  
Und sah! Gehorsam sinkt vom Thron.  
Kommando schallt. Die Mannschaft schweigt.  
Kein Schritt. Kein Schuß. Kein Jar. Kein Heer.  
Tag graut gen Ost. Die Sonne steigt  
Wie Blut rot aus dem Schwarzen Meer.

Karl Genzell.

„Anjäs Potemkin“.

Geodossia, 6. Juli. Auf Anordnung der Behörden haben die Einwohner die Stadt verlassen. Nur die Truppen und die Beamten blieben zurück. Man erwartet, daß der „Potemkin“ abends auf die Stadt feuern wird.

Geodossia, 6. Juli. Vom „Potemkin“ dazu aufgefordert, begannen sich heute Vertreter der Stadtverwaltung an Bord dieses Schiffes, wo sie in der Admiralskabine von dem das Schiff befehligen Ausschusse empfangen wurden. Dieser forderte, daß binnen 24 Stunden 500 Tonnen Kohlen, Fleisch, Fett, Vieh, Mineralöl, Tabak, Bündelholz usw. an Bord gebracht würden; während dieser Zeit werde die Mannschaft auf dem Schiffe bleiben. Wenn diesem Wunsch nicht stattgegeben werde, werde eine Aufforderung an die Bewohner ergehen, die Stadt zu verlassen und diese dann beschossen werden.

Der Ausschuss forderte sodann den Bürgermeister auf, der Einwohnerschaft einen Aufruf mitzuteilen, in welchem die Beendigung des Krieges mit Japan und die Einkerzung der Senkwood verlangt und das Volk aufgefordert wird, sich den Revolutionären anzuschließen. Die Arbeiterbevölkerung ist erregt und fordert zur Erfüllung des vom „Potemkin“ gestellten Verlangens auf. Der Gemeinderat beschloß in außerordentlicher Sitzung, dem Schiffe Lebensmittel zu liefern, aber keine Kohlen, da die Stadt keine Kohlen habe.

Denkertüde.

Odeffa, 4. Juli. Die nur mit Offizieren bemanneten Torpedojäger, die entsandt worden sind, um den „Anjäs Potemkin“ zur Uebergabe zu veranlassen oder durch Torpedoschüsse zum Sinken zu bringen, wollen eine feige List anwenden, um auf Torpedoschiffweite unbefelligt an den „Anjäs Potemkin“ heranzukommen, und zwar wollen sie signalisieren, sie hätten ebenfalls gemuntert und wollten sich dem Panzerschiffe anschließen.  
Auf die hier eingelaufene Meldung hin, eine Rückkehr des „Anjäs Potemkin“ nach Odeffa sei nicht unwahrscheinlich, wurde eine Anzahl 10zähliger Geschütze in verborgenen Stellungen längs der Küste der inneren Ducht montiert. Admiral Krieger's Geschwader soll sich nicht in Sewastopol befinden, sondern auf See dem „Anjäs Potemkin“ aufsitzen. Vom Kap Fontain aus waren auch heute morgen sechs oder sieben große Schiffe sichtbar, vielleicht zu Krieger's Geschwader gehörend.

Konstantinopel, 5. Juli. Die Kommandanten der Forts an der Einfahrt in den Bosporus erhielten Befehl, auf den „Anjäs Potemkin“ zu feuern, falls er es versuchen sollte, die Revoerage zu passieren.

Sofia, 5. Juli. Das mit der Verfolgung des „Anjäs Potemkin“ beauftragte russische Torpedoboot „Stremitelny“ lief gestern abend den Hafen von Warna an. Nach Einnahme von Kohle und Wasser dampfte der „Stremitelny“ heute früh mit unbekannter Bestimmung ab. Die bulgarische Regierung hat die Hafenbehörden angewiesen, alle eventuell anlaufernden meuternden russischen Schiffe sofort zu desarmieren oder zum Verlassen des Hafens aufzufordern und nötigenfalls Gewalt anzuwenden.

Der Aufstand in Petersburg.

Petersburg, 5. Juli. Der Aufstand im Petersburger Handelshafen ist durch eine Verständigung zwischen Arbeitern und Arbeitgebern beendet worden. Der Arbeitslohn wurde erhöht und für die Arbeiter eine Versicherung während ihrer Arbeitszeit im Hafen eingeführt.

Gerüchte, daß am Mittwoch ein Zusammenstoß zwischen Arbeitern der Pusilow-Werke und Truppen stattgefunden habe, bestätigen sich nicht. Sie waren veranlaßt durch einen Revolvererschuß, den ein Arbeiter abgab, der als verdächtig verhaftet werden sollte. Auch aus einer Ansammlung von Arbeitern fiel ein Schuß, sonst ist die Ruhe nicht gestört worden.

Allgemeiner Aufstand im Kaukasus.

Petersburg, 6. Juli. Im Kaukasus droht der Ausbruch eines allgemeinen bewaffneten Aufstandes. In Tiflis herrschen seit einigen Tagen Unruhen. Dunkle Gerüchte über die Meuterei auf dem „Anjäs Potemkin“ vermehren die Aufregung. Die Zeitungen erscheinen nicht. Der Personenverkehr zwischen Tiflis und Batum ist seit zwei Tagen, der Warenverkehr zwischen Batum und Baku schon seit zwei Wochen unterbrochen. Auf den Exarchen von Georgien ist dem Vernehmen nach auf seiner Reise nach Petersburg ein Mordanschlag verübt worden. Der Ausgang ist noch unbekannt.

Ueber die Lodzer Kämpfe.

Die russische sozialdemokratische Zeitung „Iskra“ enthält einen ausführlichen Bericht aus Lodz über die dortigen Ereignisse, welchem wir einiges entnehmen:

Niemand konnte sich denken, daß die Opfer der letzten Demonstration ungeschützt bleiben werden. Und wirklich, man hatte sich darin nicht geirrt. Es begann damit, daß man im Laufe des gestrigen Tages (23. Juni) einzelne Polizeibeamte, Kofalen, Spione und Gen darmenoberst Andrejew, als er die Sredniastraße passierte, und verwundeten ihn. Aber dieses alles trug bloß den Charakter eines Signals zu größeren, wichtigeren Ereignissen. Umgekehrt um 9 Uhr abends bestiegen jüdische Arbeiter aus der Bichodniastraße die Dächer mehrerer Häuser, ließen durch falschen Alarm eine starke Kofalenpatrouille herbeirufen und begannen, als dieselbe heran kam, von ihrem hohen Sitz die Kofalen niederzuwerfen. Die Patrouille, ganz unvorbereitet in die Falle gelockt, stieg, ohne ihre Verwundeten aufzunehmen. Es kamen Fußsoldaten und wurden von den Dächern herab auf dieselbe Weise traktiert. Unterdessen, als das Militär mit Flintenlugeln antwortete und die Pforten der Häuser erbrach, um die Dächer zu besteigen, gelang es den heldenhaften Arbeitern glücklich zu entkommen. Aber auch das war nur eine Probe, war nur der Anfang des Gewaltigen, das später kam. Es wurde Nacht. Die Einwohner zerstreuten sich in Angst, die Polizei ergriff keine besonderen Maßregeln, scheinbar erwartete sie für die kommende Nacht nichts Außergewöhnliches von Seiten der Arbeiter.

Unterdessen aber begann in den jüdischen Stadtvierteln eine fieberhafte Tätigkeit: man begann dort Barriladen zu bauen. . . . Im Laufe der Nacht wurden zirka zehn aufgebaut. . . . Das Beschießen des Militärs von hinter den Barriladen begann erst am Morgen des nächsten Tages. Die Barriladen konnten als Schutz vor den Flintenlugeln des Militärs nicht dienen — sie waren dazu zu leicht gebaut, — so daß ungefähr um zwei Uhr viele Barriladen, von den Kämpfern verlassen, vom Militär weggeräumt wurden. Die Arbeiter kletterten von neuem auf die Dächer, standen in den Fenstern der höheren Stockwerke und beschossen regelrecht die vorüberziehenden Patrouillen. Zu dieser Zeit begann das Militär mit aller Brutalität aufzutreten. Den Kofalen wurde der Befehl erteilt, auf die Fenster und die Dächer Kugeln zu geben und beim Erscheinen verdächtiger Personen sofort Feuer zu geben. Alle Vorübergehenden wurden ohne weiteres niedergeschlagen. Man hörte sonst nichts als knatterndes Gewehrfeuer. Auf beiden Seiten wurde es heiß. Aus den Fenstern der Häuser schloß man das Militär, man bewarf es mit Ziegelsteinen, und das Militär antwortete. . . . Später bestiegen die Soldaten mehrere Dächer, Balkons und Säue und knallten von dort aus alles nieder, was ihnen vor Augen lag. Ein Offizier stand auf dem Balkon des Hotel Polski und schoß lässlich jeden Vorübergehenden nieder. . . . Es waren Häuser, die sich in wahre Festungen verwandelten. So z. B. dauerte der Kampf des Militärs gegen das Haus Schapiro (Ede Komomieska und Polnochna) ungewöhnlich lange. Bemerkenswert ist hierbei noch, daß alles dieses sich hauptsächlich im jüdischen Stadtviertel abspielte. . . .

24. Juni, 9 Uhr früh. . . . In der Stadt herrscht Totenstille. Diese so auffallende Stille wird nur von Zeit zu Zeit vom Knattern der Gewehrhalben unterbrochen. Alles geschlossen. Fabriken stehen. Noch ganz früh morgens zogen durch die Petrikauerstraße jüdische Arbeiterburden und riefen laut: „Zumachen! Zumachen!“ Niemand wagte, ihnen nicht zu gehorchen. Aber völlig tot wurde die Stadt erst gegen 12, als die Kriegsoperationen der Lodzer Garnison besonders großen Maßstab annahm. Noch gestern lockte es in der Stadt und wimmelte von Menschen — heute kann man kaum auf der Straße einen Fußgänger erblicken.

5 Uhr nachmittags. Still — als ob alles verzaubert wäre. . . . Wie, in keiner Stadt habe ich je in tiefer Nachtstunde solch eine Stille beobachtet. Doch plötzlich — scharfes, kurzes, trodenes Knattern. . . . Von allen Seiten Kofalen und Soldaten; die Flinten auf die Fenster gerichtet, die Finger am Hahn. . . . Abends werden die Salven immer öfter. Plötzlich knallt es ganz nah an meinem Hause. Ich sehe durchs Fenster: in der Nähe wurde ein Schnapsschloß zertrümmert und in Brand gesetzt (von 54 Monopolläden wurden an diesem Tage bis 35 vernichtet). Von Zeit zu Zeit wird auf einer Droßale die Leiche eines gefallenen Arbeiters vorbeigeführt. Von beiden Seiten bewaffnete Schutzleute und Soldaten, das Gewehr bereit haltend. Über ein schwer Verwundeter wird von einem Schutzmann ins Polizeirevier oder ins Ambulatorium geführt. Fürchterliches, herzzerreißendes Stöhnen! . . . Gestern war es in meinem Rayon still. Heute knattert es auch bei mir von allen Seiten, — endlich haben sich die polnischen und deutschen Arbeiter ihren jüdischen Genossen angeschlossen. . . . Die Achtung, die jüdische Proletariat im Laufe des letzten Jahres, besonders der letzten Monate, sich beim „Krislichen Lodz“ erworben hat, ist ungeheuer groß. Das heldenhafte Auftreten der jüdischen Arbeiter bei Zusammenstößen mit Militär und Polizei ruft überall hier gewaltige Bewunderung hervor. . . . Von der gestrigen Schlacht der jüdischen Arbeiter mit den Kofalen aus der Bichodniastraße verbreiten sich Legenden, die die jüdischen Arbeiter als wahre Helden bezeichnen. . . .

12 Uhr nachts. Die Gewehrhalben folgen unaufhörlich, eine nach der anderen. Scheinbar werden Barriladen beschossen.  
1 Uhr nachts. Es wird stiller. Was wird morgen sein? . . .  
1/2, 3 nachts, 24. Juni.

So kämpfte heldenhaft das durch die mächtige Organisation des Allgemeinen jüdischen Arbeiterbundes zum Freiheitskampf erweckte jüdische Proletariat in Lodz. Vor 12 Jahren, bei den blutigen Mai-Ereignissen daselbst, bildete die jüdische Bevölkerung eine eingekerkerte Masse, die sich in Angst versteckte und verflocht und ihre

einzig Hilfe — von der Polizei erwartete. Der letztere gelang es auch damals, die anfänglich regierungsfeindlichen Ausschreitungen in eine Judenplündererei zu verwandeln.

Wie anders sieht es heute in Lodz aus!  
Das jüdische Proletariat sieht an der Spitze der Bewegung, nicht nur im Sinne einer verhältnismäßig höheren geistigen Entwicklung und einer planmäßigeren Tätigkeit ihrer Organisation, — es macht gleichzeitig die ganze Welt erschauern durch sein heldenhaftes Auftreten in Straßenschlachten, durch eine strategische Finesse und eine ebenso aufopferungsvolle, wie wunderbar kluge Kampfweise.

Und anders konnte und soll es auch nicht sein: die Ungläublichen, die Gedulstlosen und Rechtlosen müssen an den wirklichen Ereignissen der Weltgeschichte die höchsten und schönsten und glückseligsten Stellen der Menschheit einnehmen! Eine glückliche Zukunft kann einem Lande propheet werden, welches solche Edhne besitzt. Ehre diesen Märtyrern und Helden! Ehre der Organisation, die solche Kämpfer erzogen hat!

Zum Schlusse wollen wir noch einiges aus einer Revolutionsproklamation des Lodzer Komitees des „Allgemeinen jüdischen Arbeiterbundes“ bringen, die die Stimmung, die in den Reihen der Arbeiterschaft herrscht, trefflich kennzeichnet.

„Die Zeitungen, durch die inquisitorische Zensur gezwungen, melden lakonisch: „in Lodz waren Arbeiterdemonstrationen, die ruhig und still verlaufen sind“. Genossen! Wir haben also — scheinbar demonstriert, und weiter nichts mehr?! . . . O nein, und tausendmal nein! . . . In den letzten blutigen Tagen haben wir, jüdische und christliche Arbeiter, nicht nur Niederschreitungen veranstaltet, nein, wir hatten fast alle unsere Kräfte mobilisiert, fester unsere proletarischen Reihen geschlossen, enger und vereint und solch eine Macht gebildet, die die Ketten der zarischen Willkür spottend zerreiht, die verfaulende Despotie gewaltig erzittern machte. Es tönte die Donnerstimme der Arbeiterklasse: „Wir kämpfen! Wir bestreiten uns!“ Diese Stimme kann keine Macht der Welt ersticken. In ganz Rußland — ja in der ganzen Welt! — wird sie gehört werden und wird neues Leben und Siegesgewißheit in den Reihen des kämpfenden Proletariats entfachen. Diese Tage haben die Macht der vereinigten Arbeiter gezeigt. . . . Das Bürgertum, in Anbetracht unserer Größe, wurde dreister und jubelte uns begeistert zu.

Und wer blieb auf der Seite der zarischen Regierung? Eine wilde Polizeibande, Soldaten und Mithunde — Spione. Aber auch dort war es nicht ganz ruhig. Einzelne Soldaten entblühten vor uns ihre Häupter, — das waren helle Sonnenstrahlen, die unsere sozialistische Propaganda in die dunkelste Jarennacht scheinbar geworden hat.

Und „in Lodz ist es still und ruhig“!! Solch eine Albernheit muß sich das Land von der Zensur verstanden lassen. . . .

Genossen! Es kommt die Revolution! Auf! Jeder auf seinem Plage! Kein Moment seine Pflichten, kein Moment seine Aufgaben vergessen! Wir haben nur einen Platz, — auf dem Schlachtfelde, auf den Straßen, hinter den Barriladen! Nur mit Waffen in der Hand, im Heldenkampfe können wir siegen!

Hoch die Solidarität der Arbeiterklasse!  
Hoch die Revolution!  
Hoch die demokratische Republik!  
Hoch der Sozialismus!

Das Lodzer Komitee des Allgemeinen jüdischen Arbeiterbundes in Litauen, Polen und Rußland.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. Juli.

Religion und Schule.

Im bremischen Staats- und Stadtparlament, der bremischen Bürgerchaft, stand gestern der Antrag auf Beseitigung des Religionsunterrichts aus dem Lehrplan der Volksschule zur Beratung. Der Antrag war gelegentlich gestellt worden, als bei der Beratung des Staatsbudgets der Unwille über die Verstärkungsversuche des Schulinspektors in der Bürgerchaft elementar losbrach. Damals forderte der Antragsteller nur eine Einschränkung des Religionsunterrichts. Zwischen haben die bremischen Lehrer und Lehrerinnen in gemeinsamen und gesonderten Versammlungen die Ausschaltung des Religionsunterrichts gefordert und zur weiteren Verfolgung der Angelegenheit eine Kommission eingesetzt, die mit großem Eifer und anerkennendem Mute arbeitet.

Der Antragsteller, der Chefredakteur eines Lokalblattes, änderte nun seinen Antrag dahin, daß er eine schulbehördliche Prüfung eines Erlasses des Religionsunterrichts einerseits durch einen allgemeinen religionsgeschichtlichen Unterricht, andererseits durch einen auf den für die sittliche Erziehung geeigneten „edlesten Erzeugnissen der gesamten Weltliteratur“ basierenden Sittenunterricht forderte.

Von sozialdemokratischer Seite legte Genosse Rhein die prinzipielle Unvereinbarkeit der Religion mit der Staatschule und des Religionsunterrichts mit der verfassungsmäßig gewährleisteten Glaubensfreiheit dar und verwies auf die Konflikte, die aus dem Widerspruch zwischen Naturgeschichte- und Religionsunterricht schon in der Kindesseele entstehen, auf die Gewissenskonflikte der Lehrer und die Untergrabung der Autorität der letzteren durch den Gegensatz zwischen Schule und Elternhaus. Besonders führte er auch die Unzulänglichkeit der heutigen Volksschule zum Teil auf den unfruchtbaren Religionsunterricht zurück. Sein Antrag ging dahin, die Schuldeputation mit der Ausarbeitung eines neuen Lehrplanes für die Volksschulen unter Ausschaltung des Religionsunterrichts zu beauftragen.

Dieser Antrag fand nicht die Zustimmung der Bürgerchaft, dagegen wurde der komothische Antrag mit Hilfe der sozialdemokratischen Stimmen angenommen.

Wird der bremische Senat als erste der Bundesstaats-Regierungen in dieser Frage einen Fortschrittsfunkt bekunden? Wir glauben es nicht. Er, der in allen Dingen, die nicht die ausgeprochenen Handelsinteressen betreffen, im Bundesrat zweckmäßigkeitpolitisch obwalten läßt, wird soviel Mut nicht besitzen, in einer so heißen Frage Breche zu schlagen. Und dann auch: dem Volke muß die Religion erhalten werden! Das war der Grundsatz, zu dem die Vertreter der privilegierten ersten und zweiten Klasse, der Gelehrten und der Kaufmannschaft in der Bürgerchaft stillschweigend sich bekannten. Aus diese Kreise aber rekrutierte sich auch der bremische Senat.

Ueber das Altonaer Kriegsgerichtsurteil

urteilt das Berl. Tagebl.:

„Es bedarf keiner Betonung, daß die Aufrechterhaltung einer strengen Disziplin eine der ersten Aufgaben der Heeresverwaltung ist. Selbstverständlich sind zu diesem Ende Strafen, und strenge Strafen, nicht zu umgehen. Aber wenn man schon zugeht, daß Verstöße gegen die Manneszucht im Heere mit besonderer Schärfe geahndet werden müssen, so wird man das vorliegende Urteil doch als ein weit über das übliche Maß von Strenge hinausgehendes bezeichnen müssen. Die Leute waren in einem Irrtum über ihre Eigenschaft als Soldaten begriffen; sie glaubten, nach Beendigung der Übung nicht mehr unter dem Militärrecht zu stehen. Dazu kam, daß sie betrunken waren. Wollte das Gericht schon die Trunkenheit nicht als mildernden Umstand gelten lassen, so mußte es doch die Selbständigung der Angeklagten über ihr Verhältnis zur Fahne bei der Strafmaßbestimmung erheblich in Betracht ziehen. Es kommt hinzu, daß es sich um Landwehrlente, um Landwehrlente mit guter soldatischer Führung handelte. Diese etwas nach-

Der Krieg in Ostasien.

Kein Waffenstillstand!

Petersburg, 5. Juli. Es ist amtlich ermittelt worden, daß ein Waffenstillstand nicht zustande kommen kann. Japan hat wissen lassen, es würde in einem Waffenstillstand nicht früher willigen, als bis die russischen Vertreter auf der Konferenz in Washington die Grundlagen der Vorschläge Japans angenommen haben, die jedoch nicht vor Zusammentritt der Konferenz mitgeteilt werden würden.

Vom Kriegshauptplatz.

London, 5. Juli. Man meldet aus Tokio unter dem 4. Juli: Der Abstand zwischen den beiden Armeen bei Hailungchong beträgt nur etwa 30 Meilen. Vom Beginn des Krieges bis Ende Juni haben die Japaner 54 fremde Schiffe, die Proviant, Munition usw. für die Russen führten, darunter 22 englische, genommen.

Zur neuen japanischen Anleihe.

London, 6. Juli. In New York sind bereits Angebote für den ganzen Betrag der neuen japanischen Anleihe von 30 Millionen Pfund Sterling gemacht worden.

Gewerkschaftliches.

Aus dem Waffenarsenal der Scharfmacher.

Die vielen schweren Kämpfe, die das deutsche Baugewerbe dieses Jahr zu verzeichnen hat, sind keine Zufallserscheinungen. Es ist eine Lüge der Scharfmacher, wenn sie behaupten, die von ihnen vorgenommenen Aussperrungen wären Akte der Notwehr. Notwehrakte bereitet man nicht durch lange Zeiträume sorgfältig vor; die Aussperrungen im Baugewerbe aber sind vorbereitet!

Die „Baugewerks-Zeitung“, das Organ des mehr wie hinfänglich bekannten Oberscharfmachers Felisch, veröffentlichte in ihrer Nr. 25 ein Rundschreiben, welches der Vorstand des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe an die baugewerblichen Korporationen Deutschlands gerichtet hat. Das Rundschreiben enthält Anweisungen über die Beschaffung ausländischer Arbeitskräfte, besonders italienischer, böhmischer und ungarischer Maurer für den „Bedarfsfall“. Es werden alsdann folgende Adressen von Personen und so weiter angegeben, durch deren Vermittlung die im Streikfällen auch für den Staat so besonders nützlichen Elemente ausländischer Lohnarbeiter bezogen werden können:

- Geconi Francesco, Spillimbergo
Luigi Stefani, Marina di Ovaro
Giuseppe Tesutti, di gio Batta Korat, Clauetto presso Spillimbergo
Luigi Trovobani, Treppo-Carnico
Vittorio Viana, Impero-Cremozzo
Elicotte Leonardo, Amaro-Carnico
Luigi Colledani, Maurerpolier, Clauetto
Pietro Trovobani, Maurerpolier, Clauetto
Luigi Endrigo, Cordenons
Johann Feruglio, Caneva di Tolmezzo
Eugenio Gotti, Maurerpolier, Pinzano all'agliamento
Eugenio Caccia, Maurerpolier, Caneva di Tolmezzo
Antonio Cassetti, Maurerpolier, Caneva di Tolmezzo
Giuseppe di Sopra, Maurerpolier, Rigolato-Carnico
Eugenio Caligaro, Maurerpolier, Buja
Vittorio Del Agnolo, Maurerpolier, Vito Dasio
Gino Cominotti, Maurerpolier, Plogogno
Luigi Pinzan, Maurerpolier, Rigolato-Ovaro
Antonio Clarin, Maurerpolier, Pinzano all'agliamento
Luigi Sopraccasa, Maurerpolier, Enemongo-Trefis
Pivotti Giovanni, Maurerpolier, Enemongo-Trefis
Dantele Sedolin, Maurerpolier, doto Riente (Post Bielanga)
Pietro di Similan, Maurerpolier, Arba bei Piantago
Barazzutti Vittorio, Maurerpolier, Cassiaco
Giuseppe Rodari, Colognola di Colli, Verona, Italia.
B. Colussi, Bressa, Italia.
Antonio Gastaldo, Bauführer, Forgharia-Italia.
Italienisches Arbeitersekretariat in Basel, Rämlielbachweg 14.
Daniele Soravito, Maurerpolier, Dresden, Terrassengasse 16.
Anton Paier, Maurerpolier, Leimgraben bei Pöschau
Josef Schöninger, Maurerpolier, Leimgraben bei Pöschau
Wenzl Wacha, Maurerpolier, Preclitz
Polata, Maurerpolier, Gabug, Bez. Wollin
Thomas Wolff, Maurerpolier, Jales
Simon Ahn, Maurerpolier, Reichenberg, Järbergasse 20
Dastiani, Agent in Strassburg i. E.
Stegmünd, Maurerpolier, Woinowitz bei Ratibor, und für Inzerate „Oberschlesischer Anzeiger“ in Ratibor für Oberschlesien.
Adam Pelyer, Maurerpolier in Tolna-Ungarn für die ungarischen Maurer- und Zimmergesellen.
Stefan Imre, Zimmermann in Tolna-Ungarn für ungarische Zimmerer.

Es heißt dann weiter:

„Staatlicher Arbeitsnachweis Budapest für ungarische Zimmerer und Maurer (wird nur im äußersten Falle zur Benutzung empfohlen, da er fast ausschließlich ungarisch sprechende Leute zuweist).

Für die Erlangung italienischer Arbeitskräfte kann die Aufgabe von Anzeigen in der in Freiburg i. B. erscheinenden italienischen Arbeiterzeitung „La Patria“ empfohlen werden; freilich ist uns auch ein Fall (Arbeitgeberverband zu Offenbach a. M.) bekannt geworden, in dem entsprechende Anzeigen in diesem Blatte vollständig fruchtlos geblieben sind und die um Zuweisung von Arbeitern angegangene Administration der Zeitung erklärte, daß sie keine Erfahrungen ihr nicht gestatteten, Arbeiter in Streikgebiete zu entsenden.

Otto Thomas, Agent in Halle a. S. (derselbe ist von verschiedenen Verbänden als empfehlenswert, von den Verbänden in Dresden, Rathenow und Stendal jedoch als unzuverlässig bezeichnet worden).

Mario Cassetti, Maurerpolier, Liebenau (Neumarsh) bei Schwiebus hat mehrfach gute Vermittlungsdienste geleistet, beim Verbands in Rathenow sich jedoch höchst unzuverlässig gezeigt. Ueber Giovanni Battista Petri, Maurerpolier aus Pinzano all'agliamento (Italien), Halle a. S., Wuchererstr. 11, ist das gleiche wie über Cassetti zu sagen.

Zur Beschaffung von böhmischen Maurern und Bauhandarbeitern erbietet sich auch häufig ein Maurerpolier F. Stanelle, bis Her Berlin, Reidelstr. 2 wohnhaft, welcher die Streikorte den öffentlichen Blättern entnimmt.

Fast überflüssig zu sagen, daß in dem Rundschreiben die italienischen usw. Maurer zwar als vielfach leistungsunfähig, dafür aber als außerst genügsame, fleißige und nüchterne Leute geschildert werden, die auf eine langetägliche Arbeitszeit halten und sich für Gewährung von Schlafgelegenheit gegen geringes Entgelt sehr erkenntlich zeigen. Kurz, die Leute haben alle edlen Eigenschaften, die man von Streikbrechern nur irgenwie verlangen kann. — Sonderbare Heilige, die Felisch und Konforten. Aus „Patriotismus“ lassen sie die leistungsfähigen deutschen Arbeiter hungern und beschäftigen leistungsunfähige Ausländer, um diese ebenfalls aus „Patriotismus“ wieder ausweisen zu lassen, wenn auch sie „ungenügsam“ werden sollten. Nun, wir denken den Felisch-Männern auch eine kleine

Deutschland zollpflichtig seien. Außerdem wurde gegen die Pferdebesitzer auch noch eine Zollordnungsstrafe festgesetzt. — Man sieht, in Nordschleswig werden bereits die Grundzüge der Dylion für Preußen, die belanlich auch durch einen wenn auch nur vorübergehenden Aufenthalt in Dänemark unwirksam gemacht wurde, auf Stuten angewandt. Weiter kann man wohl die Germanisation nicht treiben. Ueber die mangelnde Züchtigkeit der Zollbehörde aber muß man sich wundern. Weshalb werden die Pferdebesitzer nicht auch in Bezug auf den Nachwuchs, den ihre Tiere in den Flanken über die Grenze gepachtet haben, wegen Zollhinterziehung belangt? Aber vielleicht wartet die Behörde noch, bis diese Defraudationen in Gestalt von munteren Fohlen ans Licht gekommen und in ihrem ganzen Umfang genau festzustellen sind.

Heimliches Kriegsgericht. Aus Halle berichtet man uns unterm 6. Juli: Der Leutnant Joachim Hans v. Winterfeld vom Infanterieregiment Nr. 12 in Torgau war vor dem Oberkriegsgericht des 4. Armeekorps in Magdeburg, das im Halleischen Kriegsgericht zusammentrat, wegen Mißbrauches der Dienstgewalt zu Privat-zwecken, tätlicher Beleidigung eines Untergebenen und unerlaubter Entfernung angeklagt. Die Verhandlung fand wegen Gefährdung militärdienstlicher Interessen und wegen Sittengesährdung hinter verschlossenen Türen statt und führte zu dem Ergebnis, daß der Angeklagte wegen Fahnenflucht mit vier Monaten Gefängnis und Dienstentlassung bestraft und von den übrigen Vergehen freigesprochen wurde. Sogar die Urteilsbegründung war geheim. Zu der Verhandlung, die etwa fünf Stunden in Anspruch nahm, war ein Offiziersbursche als Zeuge geladen, mit dem der Angeklagte eine Handlung vorgenommen haben soll, die den § 175 des Str.-G.-B. streift. Einige Akte waren als Sachverständige geladen. Nach der Tat soll v. Winterfeld in das Ausland geflohen sein. Der Angeklagte, der längere Zeit in Untersuchungshaft weilte, wurde durch einen Oberleutnant aus der Haft vorgeführt. Ein Monat wurde auf die erlittene Haft als verbüßt erklärt.

Vom südwestafrikanischen Kriegshauptplatz.

Ein Offizier der südwestafrikanischen Schutztruppe schreibt, wie eine Zeitungs-Korrespondenz meldet, in einem Briefe an seine Eltern aus Mahandja vom 24. März u. a.:

„Nebenher sind die Hereros noch lange nicht unterworfen, überall findet man noch Spuren von größeren und kleineren Banden, die noch gar nicht daran denken, sich zu stellen und ihre Gewehre abzugeben. Man schätzt hier die Verluste der Hereros in dem einen Jahr nach der Auslage von gefangenen Hereros auf 20 000, von denen die meisten im Sande zugrunde gegangen sind. Besonders gern folgen sie wie die Schakale den Wagentransporten nach, und in der Nähe der weidenden Oshen im Busch verborgen, passen sie einen günstigen Moment ab, Oshen abzutreiben oder einzelne, sich allein entfernende Leute abzuhalten. ... Was im Süden vorgeht, erfährt man hier gar nicht, und werden alle Gerüchte über Gefechte den Truppen vorenthalten. Die Telegramme über Gefechte gehen von Windhuk aus direkt über Swatopmund nach Berlin.“

Unter den Pferden der Schutztruppe räumt die Pferdesterbe furchtbar auf. Die Kompanie v. W. hat in der Zeit vom 10. bis 18. Februar sämtliche Pferde (über 100) an der Pferdesterbe verloren, bis auf eines, das ein geborener Afrikaner ist, die anderen waren sämtlich deutsche Pferde. Mit unseren Pferden, so schreibt der Offizier, ging es furchtbar schnell. Mein Konduktor kam zu mir und sagte, ich sollte mir doch mal die Pferde ansehen, er fürchte, die wären krank. Wir kamen hin und da standen die Pferde, die eben noch ganz vergnügt gemeldet hatten, mit gesenkten Köpfen und wieherten leise und ängstlich. Besonders mein Pferd, ein großer Fuchs, schien sehr traurig. Es hatte ganz rote, geschwollene Augen, ließ die Zunge heraushängen und stand unbeweglich da. Auf einmal fing es an zu zittern, schwannte noch ein paarmal hin und her und fiel tot um. Am anderen Morgen waren die Tiere bereits von den Schakalen und Hyänen halb aufgefressen. Die Pferdesterbe soll eine Folge des nassen Graases, des Laues sein.

Wertwändig, daß das afrikanische Pferd dies Gras vertragen konnte! Der Fall beweist eben, wie sehr sich die ostpreussischen Pferde in Südwestafrika bewahren!

Husland.

Zur Marokkofrage.

Paris, 6. Juli. Die für heute angelegte Besprechung zwischen dem Ministerpräsidenten Rouvier und dem deutschen Botschafter Fürsten Radolin ist bis morgen verschoben worden.

In Kammerkreisen hält man es für wahrscheinlich, daß Ministerpräsident Rouvier in der nächsten Woche in der Lage sein werde, auf die von Denis Cochin angekündigte Anfrage über die marokkanische Angelegenheit und über die äußere Politik zu antworten.

Oesterreich-Ungarn.

Ein Todesmarsch. Aus Pola wird der Wiener „Arbeiterzeitung“ vom 4. Juli berichtet, daß dort wieder eine Anzahl Menschenleben jener militärischen Spielerei, nämlich einem Gewaltmarsch, zum Opfer gefallen sind. Das Regiment rückte bei 32 Grad Celsius in Kriegsdrüstung aus, bekam auf dem Marsche nichts zu essen und es wurde auch keine Raft bewilligt. Mittags waren bereits 200 Landwehresoldaten erschöpft zusammengebrochen, von denen, soweit man bisher erfahren konnte, drei gestorben sind. Der Sanitätsdienst funktionierte gar nicht. Der Rückmarsch des Regiments erfolgte in völliger Auflösung, und Hunderte von Nachzügeln rückten erst nach Stunden einzeln in der Stadt ein. Die Umgebung von Pola ist eine öde, baumlose Karstlandschaft, von dürftigem Gesträuch bewachsen, die keinerlei Schatten bietet.

Frankreich.

Das französische Alters- und Invalidenversicherungsgesetz.

Nach Verabschiedung des Gesetzes betreffend die Trennung von Staat und Kirche hat die französische Deputiertenkammer sofort die Diskussion über das Alters- und Invalidenversicherungsgesetz begonnen. Dieses Gesetz ist nicht neu. Schon im Jahre 1901 hatte sich die Kammer mit einem Entwurf zu beschäftigen; durch 16 Sitzungstage zog sich die Diskussion hin, der erste Artikel des Gesetzes wurde angenommen und nun gelang es den Reaktionsären, eine Resolution durchzubringen, durch welche die Regierung beauftragt wurde, Enqueteen vorzunehmen. Diese Umfragen haben nunmehr stattgefunden; sie erstreckten sich auf die Arbeiter- und Unternehmerorganisationen, die Handelskammern und landwirtschaftlichen Korporationen. Der Entwurf, der jetzt nach vier Jahren aus der Kommission herauskommt und vor Millerand und Guichette vor der Kammer vertreten worden, weicht nur, um geringes von dem alten Entwurf ab. Der erste Artikel legt fest, daß alle Arbeiter und Angestellten französischer Nationalität mit dem 65. Lebensjahre den Anspruch auf eine Altersrente haben; im Falle der Invalidität beginnt der Anspruch auf Rente von diesem Zeitpunkt ab. Die Beitragsleistungen sind obligatorisch für alle Arbeiter und Angestellten, die gegen Lohn und Gehalt arbeiten und für die Unternehmer; die Kapitalisation geschieht durch eine staatliche Zentralkasse. Die Höhe der Rente ist auf 300 Franc pro Jahr, die der Beiträge auf 2 Prozent von Lohn festgesetzt. Für die Landarbeiter bestehen einige abweichende Bestimmungen; ihre Rente beträgt 240 Franc pro Jahr. Die ausländischen Arbeiter sind unter gewissen Bedingungen zur Versicherung zugelassen (im früheren Projekt waren Ausländer gänzlich ausgeschlossen). Eine wichtige Bestimmung ist noch folgende: Stirbt ein Versichert, ehe er in den Genuß der Altersrente gelangt, so erhält seine Witwe oder seine Kinder, wenn sie noch im Alter unter 16 Jahren stehen, eine monatliche Unterstützung von 50 Fr. auf die Dauer von 6 Monaten. Das sind in großen Umrissen die wesentlichen Bestimmungen des Gesetzes, auf dessen Annahme durch die Kammer mit ziemlicher Bestimmtheit gerechnet wird.

sichtiger zu behandeln als die aktive Mannschaft, war für das Gericht geboten, wie es während der Uebung für die Vorgesetzten geboten ist. Es hätte vollaus genügt, wenn man die beiden Mitarbeiter für ihre nur aus der Trunkenheit und ihrem Irrtum über ihre militärische Stellung erklärlche Reizung auf ein paar Monate eingesperrt hätte. Für Ältere, in bürgerlichen Berufen tätige Männer war das eine durchaus genügende Strafe, die auch die Kameraden der beiden Strafeher genügend von ähnlichen Ausschreitungen abgeschreckt hätte. Es wird nicht ausbleiben, daß gerade die Gegner unserer Heeresrichtungen aus diesem Urteil bedeutendes politisches Kapital schlagen werden. Der bloße Vergleich zwischen diesem und dem gegen Duffener ergangenen Urteil wird der Sozialdemokratie Tausende von Proselyten zuführen.“

Der Reichstagsnachwahl im 2. badischen Wahlkreise (Billigen-Teiberg) wird uns geschrieben: Die am Freitag erfolgende Reichstagsersatzwahl für den verstorbenen nationalliberalen Abg. Falter wird hierzulande mehr als eine vorbereitende Kraftprobe der Parteien für die im Oktober stattfindenden Landtagswahlen denn als ein reichspolitisches Ereignis aufgefaßt. Der Kreis war bisher als einziger im Lande, trotz großer katholischer Mehrheit, stets liberal vertreten, und das Zentrum setzt deshalb diesmal alles daran, ihn endlich zu erobern, nachdem es schon vor zwei Jahren bei der Hauptwahl im ersten Gang über eine relative Mehrheit verfügt hatte und beim Stichwahlentscheid nur um ein geringes hinter dem liberalen Sieger zurückgeblieben war. Es ist unbestritten, daß die kirchliche Propaganda unterdessen starke Fortschritte gemacht hat: es wurde im Herzen des Bezirks ein neues ultramontanes Proporgan gegründet, Zweigvereine der kirchlichen Organisation in großer Zahl taten sich auf, und die Apostel des badischen Zentrums sind bereits seit Wochen lebhaft an der Arbeit, in Volkssammlungen der Wählerchaft die „Schmach“ einer liberalen Reichstagsvertretung in den dunkelsten Farben zu schildern.

Im Gegensatz hierzu leidet die nationalliberale Partei stark unter dem zersetzenden Eindruck des Niederganges, den im Laufe der letzten Jahre auch in Baden der einst allmächtige Bourgeois-Liberalismus aufzuweisen hatte. Ob die Kulturpartei seitens der liberalen „Jugend“ einerseits, Unzuverlässigkeit und Wahlschlappigkeit in allen großen politischen Fragen andererseits haben dem Liberalismus in den großen Volksmassen den letzten Rest seines Kreditis geraubt und seine ihm lange genug ergebenen Wählertruppen stark dezimiert. Daran vermag auch die Bildung des sogenannten „liberalen Blocks“ nichts zu ändern, zu dem sich die beiden anderen Parteien der bürgerlichen Linken, Freisinn und Demokraten, mit den Nationalliberalen zusammengeschlossen haben; denn ihre zahlenmäßige Stärke war in Baden von jeher unbedeutend, und speziell im Wahlkreise Billigen-Teiberg verüßen sie über kaum ein Viertel-tausend Stimmen. Es hört sich deshalb recht komisch an, wenn die „Sturmgelassen“ von der demokratischen Volkspartei in einem präventiv auftretenden „Aufruf“ ihre Gefinnungsgenossen ermahnen, am Freitag der Wobadmachungen eingedenk zu sein und „Mann für Mann“ — ganze 46 waren es bei der letzten Wahl! — dem nationalliberalen Kandidaten Oberschulrat K e b m a n n die Stimme zu geben. Dieses demokratische Schmach vermag den mageren liberalen Wohl natürlich nicht fett zu machen, und wir mühten uns sehr täuschen, wenn am Freitag nicht auch in Billigen die politische Unfähigkeit des bürgerlichen Liberalismus der Akerisei zu einem billigen Triumph verhelfen würde. Als Prognostikon für den Ausfall der bevorstehenden badischen Landtagswahlen läme diese Entscheidung — wie eingangs erwähnt — eine große moralische Bedeutung zu, und die Schuld daran hätte sich einzig und allein derselbe „Liberalismus“ anzusprechen, der in Baden nun schon seit Jahrzehnten den Ultramontanismus derart „erfolgreich“ bekämpft, daß dieser im kommenden Landtage, wenn nicht alle Zeichen trügen, zur relativ stärksten Partei anwachsen wird.

Die Sozialdemokratie kämpft in der gegenwärtigen Wahlbewegung unter den denkbar ungünstigsten Umständen. Der Kreis Billigen ist der ausgezehrtete des ganzen Landes. Fast durchweg ländlich, nur schwach mit der dünn gelästen Schwarzwälder Feinholindustrie durchsetzt, bietet er schon territorial für unsere Partei ein äußerst mühsam zu bearbeitendes politisches Tätigkeitsfeld. Dazu kommt, daß die zu erwartende politische hochinteressante Entscheidung zwischen den beiden großen bürgerlichen Parteien, wobei einige wenige Stimmen den Ausschlag geben können, das allgemeine Interesse von vornherein von der Sozialdemokratie ablenkt und in weiten Kreisen den Wunsch zeitigt, bereits im ersten Gang ein entscheidendes Ergebnis herbeizuführen. Diese bei ähnlich gelagerten Nachwahlen sehr oft zu beobachtende Tatsache findet weiter eine Unterfützung in dem Umstand, daß der seitherige Kandidat der Sozialdemokratie, ein im Kreise geborener und darin von jeher ansässiger Holzbildhauer, aus hier nicht näher zu erörternden Gründen diesmal von der Wiederannahme der Kandidatur Abstand nehmen mußte und daß an seine Stelle ein Parteigenosse trat, der mit dem Großteil der Bevölkerung des weitläufigen Bezirks erst jetzt Fühlung nehmen konnte. So wird in der sozialistischen Stimmzahl des Kreises, die im Juni 1903 sich auf etwa 2100 belief, wohl ein Rückgang eintreten, der jedoch keineswegs als ein Rückschlag der sozialistischen Bewegung daselbst gedeutet werden darf. Im Gegenteil, wir sind fest überzeugt, daß, wenn uns nach drei Jahren die allgemeinen Reichstagswahlen wieder zur Uene rufen, auch im zweiten badischen Wahlkreise die Sozialdemokratie den Kampf glänzend bestehen wird.

Die Torpedolustjachten der Germaniawerft. Von der Kruppschen Germaniawerft in Kiel ist nunmehr die zweite der berühmten russischen Torpedolustjachten abgehandelt worden, die Baunummer 118. Auch dieses Fahrzeug war, wie die Baunummer 112, auf der Werft nicht gemietet, sondern zum Auseinandernehmen fertiggestellt worden, und genau wie vor zwei Monaten bei Nr. 112 wurden auch die Bestandteile dieses Bootes zunächst per Achse nach Lübeck gesandt, von wo sie, wieder durch den finnischen Dampfer „Agar“, nach ihrem Bestimmungsort, vermuthlich auch diesmal Helingsfors, weiterbefördert werden sollen. Zurzeit werden die Schiffsteile in Lübeck verladen und liegen zum Teil offene am Kai. Unser Lübecker Parteiblatt, der „Vollsbote“, fordert seine Leser auf, die Teile zu besichtigen, wobei sich jedermann leicht überzeugen könne, daß es sich in der Tat um die Bestandteile eines Torpedobootes handele.

Die Jüdische Palow die provozierende Wurschtigkeit, die seine Regierung diesem Schreiben der Firma Krupp gegenüber an den Tag legt, mit den Erklärungen vereinbaren kann, die er am 18. März dieses Jahres über diese völlerrechtlichen Fragen im Reichstag abgegeben hat, ist ein Rätsel. Damals erklärte der Reichslanzler belanlich nur den Verkauf von Hande ls schiffen an die kriegsführenden Parteien für zulässig, und er tat sich viel zu gute auf die „korrekte“ Stellung, die die Reichsregierung dem ostasiatischen Kriege gegenüber einnehme, sowie auf Deutschlands „strikte und loyale Neutralität“, die sogar Japan anerkenne. Vor den Torpedolustjachten der Germaniawerft, die doch nachgewiesenermaßen keine Handelsschiffe sind, scheint der Reichslanzler entweder mit seinen völlerrechtlichen Definitionen oder mit seiner ganzen loyalen Neutralität kapitulieren zu haben.

Nordschleswigsche Zollkämpfe. Die nordschleswigschen Landwirte pflegen ihre Stuten der besseren Zucht wegen über die Grenze zu schicken und von dänischen Hengsten decken zu lassen. Das ist auch in diesem Frühjahr geschehen, wobei einige Züchter abgefaßt und zur Anzeige gebracht wurden. Nach der preussischen Verordnung ist es nämlich verboten, Stuten von nicht gehörten Hengsten belegen zu lassen, und die dänischen Hengste sind natürlich in Preußen nicht promoviert, pardon, gelöst. Die Uebelthäter sind nun aber nicht allein wegen Uebertretung der Verordnung angeklagt worden, sondern auch die Zollbehörde geht gegen sie auf Grund des Zollgesetzes vor. Zunächst wurden von ihnen 20 M. Zollgebühren pro Stute erhoben, weil die Tiere durch ihren wenn auch nur vorübergehenden Aufenthalt im Auslande einen „ausländischen Charakter angenommen“ hätten (wörtlich) und deshalb bei der Rückkehr nach

Probier Ihre Stala

Stimmen

Freunde zu bereiten, indem wir der Arbeiterschaft die Streikbrecher-Agenturen der Baugewerbetreibenden zur näheren Kenntnis bringen.

### Berlin und Umgegend.

Die Tarifbewegung der Kürschner wird sich wohl, falls die Arbeitgeber nicht noch rechtzeitig einlenken, binnen kurzem zu einem allgemeinen Ausstand entwickeln. Von den Vorschlägen, die die Vertreter des Arbeitgeber-Verbandes in der vorigen Woche bei den Verhandlungen machten, hätten sie sich von vornherein sagen können, daß sie nicht die Zustimmung der Arbeiter finden würden. Am Mittwoch gab Regge der außerordentlich zahlreich besuchten Versammlung der Kürschner einen ausführlichen Bericht von den Verhandlungen und ihren Ergebnissen. Die Vorschläge der Arbeitgeber gipfelten darin, daß sie statt der im Absatz 9 der Forderungen verlangten unbedingten Anerkennung der Arbeitsnachweise der Organisationen die Errichtung eines paritätischen Nachweises vorschlugen, und zwar ohne bindende Verpflichtung, diesen Nachweis zu benutzen. Wie sehr ihnen bindende Vereinbarungen überhaupt zuwider sind, zeigt sich in dem Vorschlag, den Absatz 12, wonach die Vereinbarungen in jeder Werkstatt ausgehängt werden sollen, entweder ganz zu beseitigen oder dahin abzuändern, daß die Zustimmung von der Einwilligung jedes einzelnen Arbeitgebers abhängig sein soll. Ferner lehnten sie auch jede Beschränkung der Arbeitsstunden ab, die sie nach „freier Vereinbarung“ geregelt wissen wollen.

Der Redner empfahl im Namen der beiden Vorkomitees, den Arbeitgebern hinsichtlich der Arbeitsvermittlung das in der folgenden Resolution dargelegte Entgegenkommen anzubieten, wobei noch zu bemerken ist, daß beide Gewerkschaften die Verpflichtung übernehmen wollen, in geeigneter Weise für Arbeitskräfte zu sorgen, soweit solche auf dem internationalen Arbeitsmarkt zu haben sind. Im übrigen empfahl der Redner, die Vorschläge der Arbeitgeber abzulehnen und bemerkte dabei, daß die Organisationen in vollem Maße gerüstet seien, um, wenn's sein müsse, einen allgemeinen Kampf mit den Arbeitgebern zu führen. Sämtliche Diskussionsredner sprachen sich ebenfalls für die Ablehnung der Arbeitgeber-Vorschläge aus. Trotz wiederholter Einladung war keiner von den Vorstandsmitgliedern des Arbeitgeberverbandes in der Versammlung anwesend. Die vorgeschlagene Resolution wurde einstimmig angenommen.

### Die Lauter:

In Erwägung, daß die Abänderungsvorschläge des Arbeitgeber-Verbandes derartig sind, daß bei ihrer Annahme unsere Forderungen sogar eine bedeutende Verschlechterung gegen früher erfahren würden und daß durch das Verlangen nach Beseitigung oder Abänderung des Absatzes 12 die Herren den Beweis erbracht haben, daß sie noch nicht einmal gewillt sind, für Innehaltung dieser abgeänderten Forderungen einzutreten, lehnt die heute am 6. Juli 1905 tagende Versammlung die Abänderungsvorschläge des Arbeitgeber-Verbandes ab. Doch erklärt die Versammlung, den Absatz 9 dahin abändern zu wollen, daß zum Inserieren nach Arbeitskräfte eine vierzehntägige Karenzzeit eingeführt wird, so daß es den Arbeitgebern freistehen soll, nach 14 Tagen Wartezeit 14 Tage lang zu inserieren. Die übrigen Forderungen bleiben in der alten Fassung bestehen. Sollte der Arbeitgeberverband unsere Forderungen in dieser Fassung ablehnen, so setzen wir einer Aussperrung, selbst seitens der bewilligten Werkstätten mit der größten Ruhe entgegen. — Die Versammlung fordert die Kollegen und Kolleginnen auf, in allen Werkstätten, außer den Detailgeschäften, am Sonnabend, den 8. Juli zu kündigen und, wo Kündigung nicht verlangt wird, sofort aufzuhören.

Ueber die weiteren Maßnahmen soll in einer am Montag stattfindenden Versammlung beschlossen werden. Die Streikunterstützung ist bereits von dieser Woche ab um 2 M. für männliche und um 1 M. für weibliche Mitglieder erhöht worden. Die Forderungen werden zum Sonntag noch auf weitere 200 Arbeiter verhandelt werden.

### Achtung! Tischler, Sattler aller Branchen!

In der Tischlerfabrik von Paul Jähmann, Luisen-Ufer 12, haben die dortselbst beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen wegen Nichtanerkennung des am 29. Juni vor dem Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts abgeschlossenen Tarifvertrags für die Tischlerbranche die Arbeit niedergelegt. — Zutritt ist aufs strengste fernzuhalten.

### Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Sattler-Verbandes.

#### Achtung, Kleber!

Für die zu tarifmäßigen Preisen arbeitenden Kleber werden am Sonnabend, den 8. Juli, in den untenstehenden Zahlstellen grüne Marken in die Kontrollkarten geliebt. Jeder Kleber muß für die nächsten 14 Tage diese grüne Marke geliebt haben.

Zahlstellen: Wienerstr. 31 bei Stephan, Kunststr. 6 bei Pade, Lydenstr. 7 bei Krüger, Bergstr. 10 bei Reiter, Berlebergerstr. 33 bei Panlow, Steinmetzstr. 35 bei Ridert, sowie jeden Morgen auf dem Arbeitsnachweis, Müllerstr. 9.

Wir ersuchen die Bauhandwerker, sich davon zu überzeugen, daß jeder arbeitende Kleber eine grüne Marke in seiner Kontrollkarte hat.

Wegen Nichtinhalten des Tarifes sind folgende Firmen gesperrt und streng zu meiden: Fey, Van Nieder-Schöneweide, Grünauerstr. 12, Hansen, Steglitz, Velfortstr. 9. Wir ersuchen die Bauhandwerker, die Kleber auf ihre Pflichten aufmerksam zu machen.

Die Verbandsleitung.

Mit der Lohnbewegung der Jahrstuhlarbeiter (Bauhülfsarbeiter) beschäftigte sich gestern Abend eine sehr stark besuchte Versammlung dieser Branche. Man besprach die Verhältnisse bei den einzelnen Firmen und kam auf Grund dessen zu der Gewißheit, daß die Bewegung die besten Aussichten hat. Die Unternehmer seien bereits in großer Verlegenheit, denn sie suchen auf jede mögliche Weise Arbeitswillige zu bekommen. Kräftige Arbeiter, Kohlenträger, Schiffer werden durch Infanterie gesucht, um in die Stelle der Streikenden zu treten, aber die Unternehmer finden nicht die erforderlichen Kräfte. Wenn auch die Jahrstuhlarbeiter zum Teil die Jahrstühle abbrechen und den Vertrag mit dem Baumunternehmer lösen, so braucht sich dadurch niemand einschüchtern lassen, denn lange können die Unternehmer das nicht aushalten. Wenn die Arbeiter nur noch einige Tage standhaft bleiben, dann müsse sich der Streik zu ihren Gunsten entscheiden. Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen:

Die heut versammelten Jahrstuhlarbeiter sprechen den Kollegen, welche bei der Firma Niessch die Arbeit vorübergehend niedergelegt und dann wieder aufgenommen haben, ihre größte Mißbilligung aus und erwarten, daß dieselben sofort die Arbeit wieder einstellen. Insbesondere verpflichten sich die Versammelten, noch wie vor an den Forderungen festzuhalten und die Arbeit nicht eher aufzunehmen, bis die Forderungen bewilligt sind. Die Versammlung erwartet von der Verbandsleitung, daß sie die erforderlichen Maßnahmen ergreift, um die Streikenden zum solidarischem Verhalten gegenüber der Bewegung der Jahrstuhlarbeiter zu veranlassen.

### Deutsches Reich.

Die Unternehmer Schleswig-Holsteins im Klassenkampf. Der Arbeitgeberverband in Hadersleben, der vor ein paar Tagen erst gegründet worden, kann sich rühmen, die perfekten Praktiken, die die Unternehmer in letzter Zeit in den Klassenkampf eingeführt haben, durch einen neuen Act übertrumpft zu haben. In Hadersleben sind die Bauhülfsarbeiter in den Ausstand getreten, weil ihre bescheidene Lohnforderung, Erhöhung des Stundenlohnes von 35 auf 40 Pf., nicht bewilligt worden war. Durch den Streit wurden auch die Maurer in Mitleidenenschaft gezogen und mußten auf Veranlassung der Unternehmer die Arbeit einstellen, da ihnen auf den Bauten das Material nicht mehr zugetragen wurde. Die

Zimmerer wurden davon nicht berührt und arbeiten ruhig weiter. Nun hat der Arbeitgeberverband, dem auch die Mitglieder der Baugewerkschaft angehören, schwarze Listen ausgegeben, in denen nicht nur die streikenden Bauhülfsarbeiter, sondern auch die gar nicht ausständigen Maurer, ja sogar die gänzlich unbeteiligten Zimmerer, die bis auf den heutigen Tag noch ruhig an ihren alten Plätzen weiter arbeiten, aufgeführt und verfehmt werden. Gewissenlos und brutal kann eine Berufsverleumdung wohl kaum praktiziert werden.

Die Zimmerleute zu Halberstadt weigerten sich, einer von den Unternehmern gegründeten Kasse beizutreten, welche der Organisation Abbruch tun sollte. Darauf erfolgte die Aussperrung derselben.

Die Metallarbeiter Münchens haben sich mit großer Mehrheit für die Annahme der Einigungsorschläge erklärt. Da auch die Münchener und Augsburger Arbeiter den Vorschlägen zugestimmt haben, so kann die Bewegung als beendet angesehen werden.

### Der Kampf der Münchener Bauarbeiter um das Koalitionsrecht.

Die Bauarbeiteraussperrung in München zieht weitere Kreise; die Klempnermeister und Installateure haben ihre Arbeiter, da sie die Unterzeichnung des beschlossenen Schandvertrags mit Entrüstung ebenfalls zurückwiesen, auf Befehl des Scharfmacherverbandes ausgesperrt; die Glasereinigung kündigte ebenfalls eine Aussperrung an; außerdem steht die Aussperrung der Bau- und Kunstschlosser, deren Tarif in den nächsten Wochen abläuft, bevor. Was die Scharfmacherklasse im Baugewerbe ferner im Schilde führt, ist nicht weiter, als die Rechtslosmachung und Ausschungerung der organisierten Arbeiterschaft mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu erpressen. Nach dem Grundsatz Gewalt geht vor Recht hat diese Spießhahnen die ihnen vom Gerichtsrat Dr. Preuer angebotene Vermittlung behufs Herbeiführung einer Verständigung schroff abgelehnt, dagegen aber haben sie in der bürgerlichen Presse folgenden Beschluß einer „Sollerversammlung“ veröffentlicht, der von solchen standeserhaltenden Organen ohne ein Wort der Kritik hier gedruckt wurde:

1. Den jetzt schon fast vollständigen Fabrikanten und Lieferanten von Baumaterialien (zunächst: Steine, Ziegel, Zement, Kalk, Eisen), welche sich bereit erklärt haben, während des gegenwärtigen Kampfes keine Materialien mehr zu Bauten in München und Umgebung zu liefern, wird der Dank für diese Unterstützung ausgesprochen.

2. Die Geschäftsführung und der Arbeiterausschuß zu werden beauftragt, dahin zu wirken, daß auch die Firmen der übrigen Gruppen des Verbandes, also Dach- und Schieferdecker, Fließableiterleger, Glaser, Hafner, Ofen- und Herdgeschäfte, Installateure für Gas, Wasser, Elektrizität und Heizanlagen, Maler und Lackierer, Pfisterer, Steinseher, Asphaltierer, Schlosser und Eisenkonstruktoren, Schreiner, Parkettboden- und sonstige Holzbearbeitungsgeschäfte, Spengler, Kupferknechte, Rolladenfabrikanten, Steinmetzgeschäfte, Stukkateure, Bildhauer und Gipsformatoren, die ohnehin durch die gegen sie gerichteten Einzelstreiks und durch die als Gegenmaßregel verhängte Rohbau-Sperrung in ihren Vertrieben auf das empfindlichste geschädigt sind, ihre Tätigkeit ganz einstellen.

3. Firmen der Baumaterialienbranche und der vorgenannten Gewerbegruppen, gleichgültig, ob sie zurzeit dem Verbandsangehörigen oder nicht, sollen künftighin von Verbandswegen Berücksichtigung finden; Arbeitsausfluß und Geschäftsführung werden beauftragt, die nötigen Aufschreibungen zu machen und die Firmen der künftigen Berücksichtigung mit den einzelnen Gruppen festzusetzen.

4. Firmen, ebenfalls gleichgültig, ob sie dem Verbandsangehörigen oder nicht, die in dem gegenwärtigen Kampfe dem Verbandsangehörigen in den Rücken fallen, werden vorerst drei volle Kalenderjahre hindurch von jeder Tätigkeit für Verbandsmitglieder ausgeschlossen. Verbandsmitglieder, welche trotzdem Arbeiten an solche Firmen vergeben, werden vom Verband ausgeschlossen und dauernd in gleicher Weise behandelt.

Im 20. Abschnitt unseres deutschen Reichs-Strafgesetzbuches befindet sich unter der Rubrik Raub und Erpressung der § 238, der lautet: „Wer, um sich oder einem Dritten einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, einen anderen durch Gewalt oder Drohung zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung nötigt, ist wegen Erpressung mit Gefängnis nicht unter einem Monat zu bestrafen, der Versuch ist strafbar.“ Wo ist der Staatsanwalt, der dieser Sorte von Erpressern das Handtuch legt? Ist denn der § 133 der Reichs-Gewerbeordnung wirklich nur für die Arbeiter vorhanden?

Der von den Scharfmachern in diesem Kampfe an den Tag gelegte Terrorismus stellte in der Tat alles in dieser Richtung bisher Dagewesene in den Schatten. Von den Aussperrten konnte die Organisation über 400 in den verschiedensten Orten Deutschlands in Arbeit bringen. Sofort jagten die Scharfmacher einen Stadtbefehl hinter den abgereisten Arbeitern her, mit der Folge, daß diese auch in zwei Orten wieder entlassen wurden. Kann es etwas Fischwürgigeres, etwas Charakterloseres geben, als Arbeiter, die manhaft ihre Ehre und das ihnen angeblich gesetzlich gewährte Koalitionsrecht verteidigen, von Ort zu Ort gehen und sie förmlich auszufragen? Damit die von den Werkvertretern beschlossene Materialsperrung für jene Unternehmer, die sich an der Aussperrung nicht beteiligten, straffe durchgeführt wird, geht zurzeit eine Kommission der Scharfmacher von Baustelle zu Baustelle, fragt die dort beschäftigten Arbeiter nach ihrer Zugehörigkeit zur Organisation und kontrolliert die vorhandenen Baumaterialien! Und sie werden in diesem gemeingefährlichen Treiben von der Polizei nicht gestört! Wenn eben zwei daselbe tun, dann ist es immer noch nicht daselbe, sagte einmal der preussische Justizminister.

Mag der Kampf enden wie er will. Die Münchener Bauarbeiter werden sich trotz alledem durch nichts provozieren lassen; dafür bürgt ihre Disziplin. Sie werden den Kampf zu Ende führen, wie es einer zielbewußten organisierten Arbeiterschaft geziemt, und dürfen sich in diesem ihnen aufgedrungenen schweren Kampfe der Solidarität und der Sympathie der gesamten Arbeiterschaft Deutschlands versichert sein.

## Verfammlungen.

Der Zentralverband der Schmiehe hielt am Montag eine außerordentliche Versammlung in Reisers Saal ab. Grabeur Fräulein referierte über den Gewerkschaftskongress. Er besprach die einzelnen Punkte der Tagesordnung und legte seine Stellung zu denselben sowie zu den Beschlüssen des Kongresses dar. Zum Generalstreik sagte er, er sei ein Gegner desselben, weil die große Mehrheit der Arbeiter noch indifferent sei. Erst müsse der Gedanke der modernen Arbeiterbewegung in den Massen noch weiter verbreitet werden, und je mehr das geschehe, desto mehr werde die Macht der Herrschenden gebrochen. Das die Kaiserzeit betrifft, so habe die geringe Durchführung der Arbeitsruhe bewiesen, daß die Arbeiter noch nicht in der Lage seien, den Generalstreik durchzuführen. Der 1. Mai werde ein Feiertag bleiben, auch die Arbeitsruhe werde bestehen bleiben, aber die Gewerkschaften könnten die finanziellen Opfer nicht auf

sich nehmen, welche ihnen durch die Folgen der Arbeitsruhe auferlegt werden. Es werde also dabei bleiben, daß nur dort durch Arbeitsruhe gefeiert werde, wo kein Schaden zu erwarten ist. Der 1. Mai sei in erster Linie ein politischer Feiertag. Wer Sozialdemokrat sei, werde ihn feiern. Da aber die Gewerkschaften kein politisches Glaubensbekenntnis von ihren Mitgliedern verlangen, so könnten sie dieselben auch nicht zwingen, sich durch Arbeitsruhe an der Kaiserzeit zu beteiligen. Uebrigens könne man in Volksversammlungen am Abend oder durch eine Sonntagsfeier auch wirkungsvoll demonstrieren. — Längere Ausführungen widmete der Redner dem Kongressbeschlusse, welcher die Resolution Ruffe vom Frankfurter Kongress aufhebt. Er bezeichnete das Vorgehen der Metallarbeiter, welche diese Angelegenheit durch Einbringung eines Antrages noch in letzter Stunde anschnitten, als eine Ueber-rumpelung. Es sei unzutreffend, wenn der „Vorwärts“-Bericht sagt, der Vorschlag Böhmbergs, die Resolution Ruffe aufzuheben und die Zentralvorstände zu ersuchen, bis zum nächsten Kongress ein Provisorium hinsichtlich der Grenzverträge zu schaffen, sei nach unöffentlicher Debatte angenommen. Es habe im Gegenteil eine lebhafte Debatte stattgefunden, in der er, der Redner, den grundsätzlichen Standpunkt der Berufsorganisationen vertreten habe, von denen nach Aufhebung der Resolution Ruffe erwartet werde, daß sie in den Industrieverbänden aufgehen. Weiter vertrat der Redner die Ansicht, daß die Berufsorganisationen, so lange die große Masse der Berufsangehörigen noch indifferent ist, die Agitation wirksamer betreiben können, wie der Industrieverband. Der Anschlag an diesen werde kommen, wenn die Berufsorganisation ihre Aufgabe; die Mehrheit der Kollegen zu gewinnen, erfüllt hat.

Zu der Diskussion sprach Menge. Er war so ziemlich mit allem, was in Köln beschloss, sowie mit der Tätigkeit der Leitungen der großen Verbände unzufrieden. Schließlich brachte er auch noch die schon öfter in Versammlungen erwähnte angebliche Durchbrechung des Kölner Bierbojotts zur Sprache.

Nach diesem Redner wurde die Debatte geschlossen. Der Vorsitzende Siering bebaute das, weil die große Mehrheit der Kollegen mit den Ausführungen Menge nicht einverstanden sei und diesen nun die Gelegenheit genommen worden sei, ihre gegen-teilige Ansicht auszusprechen.

Zu der Bojottangelegenheit sagte Bräuner in seinem Schlusswort: Von einer Aufhebung oder Durchbrechung des Bojotts könne gar keine Rede sein. Aufgehoben sei der über die Hotels verhängte Bojott nur soweit, daß es den Delegierten möglich gemacht wurde, ein Unterkommen zu finden. Es handele sich um Hotels, die außer dem hochtrottierten Bier auch anderes, bojottfreies Bier sowie sonstige Getränke ausstießen. Durch den Bojott sollten nur die rheinisch-westfälischen Brauereien getroffen werden, die Wirkung werde erreicht, wenn man das Bier dieser Brauereien nicht trinke. Der Bierbojott sei auch von den Delegierten streng beachtet worden, niemand habe das hochtrottierte Bier getrunken.

Folgende Resolution wurde angenommen: Die Versammlung nimmt Kenntnis von den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses. Sie erklärt sich mit denselben, soweit sie den Generalstreik betreffen, einverstanden. Des weiteren erklärt die Versammlung, daß die Kaiserzeit in der bisherigen Weise beibehalten werden muß. Die Versammlung verurteilt das Vorgehen der Industrieverbände, durch welche die Berufsverbände als nicht mehr erziehungsberechtigt angesehen werden. Die Versammlung ist im Gegenteil der Meinung, daß die Interessen der Berufsangehörigen nur durch die Berufsorganisation richtig und sachgemäß vertreten werden können.

## Eingegangene Druckschriften.

Bibliothek des allgemeinen und praktischen Wissens. Zum Selbstunterricht und Studium in den hauptsächlichsten Wissenszweigen und Sprachen für Hausleute, Gewerbetreibende, Beamte usw., herausgegeben im Vereine mit hervorragenden Fachmännern, von Emanuel Müller-Haden (Deutsches Verlagshaus Bong u. Co., Berlin W. 57). — Preis für jede der insgesamt 15 Bände 60 Pf.

Neue Gesellschaft. Sozialistische Wochenschrift. Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und W. Braun. (Verlag Berlin W. 35. Preis für das Einzelheft 10 Pf., pro Monat 40 Pf., pro Vierteljahr 1.20 M.) Heft 14.

H. G. France: Das Leben der Pflanze. 2. Aufl. (Stuttgart, Verlag Kosmos.)

Henriette Roland-Holst: Generalstreik und Sozialdemokratie. Mit einem Vorwort von Karl Kautsky. 184 S. Preis 1.20 M. (Verlag Ancken u. Co., Dresden, Zwingerstr. 22.)

Professor Dr. med. Hartmann: Die Kunst des Lebens froh zu werden. ergänzt von Max Henning, Direktor des Sanatoriums Rosenberg in Neubauten am Rheinfall. (Verlag „Reform“, Stuttgart.) Preis 2 M.

R. Bartels: Lehrbuch der Demagogik. Preis 2 M. Verlag J. Springer, Berlin, Monbijouplatz 3.

Dr. H. Kalkhoff: Schule und Kulturstaat. Preis 80 Pf. Verlag R. Voigtländer, Leipzig.

Bericht der 1. I. Gewerbeinspektoren über ihre Amtstätigkeit im Jahre 1904. Mit einer Tafel und 27 Abbildungen im Text. 611 S. Verlag der I. I. Hof- und Staatsdruckerei, Wien.

Dr. Milan Georgevitch. Das Ende der Obrenobitsch. Beiträge zur Geschichte Serbiens 1897-1900. 615 Seiten. Preis 10 M. Verlag S. Giese, Leipzig.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Kommunaler Wahlrechtsraub in Dresden.

Dresden, 6. Juli. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Wahlrechtsvernichtung ist perfekt. Es wurde die Einführung eines Verniswahlrechtes mit Klasseneinteilung nach Wahlrechtsalter mit einer Stimme Mehrheit beschlossen.

### Die Revolution in Rußland.

Dn, 6. Juli. (Privatdepesche des „Vorwärts“.)

In Blahod wurde am Dienstagabend an einer belebten Straßenkreuzung eine Bombe geworfen. Zwei Postkutschere, zwei Schulleute und mehrere Polizeimeistergehilfen wurden schwer verwundet. Polizei und Militär sperrten die Hauptstraßen ab. Das Militär schoß aufs Geratewohl ins Publikum. Besonders bestialisch hauste die Kavallerie im Zubendiertel. Es wurden gegen 50 Personen — meist unbeteiligte — getötet und über 100 verwundet. Der Polizeimeister demissionierte. Ueber die Stadt wurde der Kriegszustand verhängt. Die Arbeiter traten in den Generalstreik. Kein Tramwaywagen fährt. In der Stadt herrscht kolossale Aufregung.

Wien, 6. Juli. (W. T. B.) Abgeordnetenhause. Während der Verhandlung über den deutschen Handelsvertrag protestieren die Tschechisch-Radikalen unter anhaltendem, ohrenbetäubendem Lärm gegen die Verhandlung und fragen, was mit ihren Dringlichkeitsanträgen sei. Referent Dr. Baernreither ersuchte unter ununterbrochenem, tosendem Lärm der Tschechisch-Radikalen, welche mit Signalpfeifen und mit Büchern auf die Bulte klopfen, Bericht.

Abg. Stein wirft plötzlich gegen die Tschechisch-Radikalen eine Streusandblase, welche hinter denselben zu Boden fällt ohne jemand getroffen zu haben. Die Tschechisch-Radikalen stürzen darauf gegen die vorderen Bankreihen. Große anhaltende Erregung, ohrenbetäubender Lärm dauert während des ganzen Referats Baernreithers an, erst während der Rede des ersten Redners Kulp legt sich allmählich der Lärm.

### Gesunkenes Unterseeboot.

Ferraville (Tunis), 5. Juli. (W. T. B.) Ein Unterseeboot mit einer Besatzung von 13 Mann ist gesunken. Nach weiterer Meldung wurden der Kommandeur und zwei Mann der Besatzung des gesunkenen Unterseebootes im Augenblick, wo sich das Unglück ereignete, in die Luft geschleudert. Dreizehn Seeleute befinden sich noch in dem Unterseeboot, welches bis auf den Grund der Bucht von Bizerta gesunken ist. Taucher berichten, daß die Seeleute auf ihre Rufe antworten.

Zur Tagesordnung des Parteitages.

Der Artikel in Nr. 155 über die Tagesordnung des Parteitages macht nicht nur den Vorschlag, noch mehrere Punkte von allgemeiner politischer Wichtigkeit auf die ausschließlich die Erörterung innerer Parteiangelegenheiten vorsehende Tagesordnung des Jenaer Parteitages zu legen, sondern er übt gleichzeitig ganz allgemeine Kritik an dem Arrangement und Verlaufe der letzten Parteitage.

Handelte es sich ganz einfach darum, ob die Frage der Sozialreform oder der Weltpolitik in die Tagesordnung einzustellen sei, so lohnte sich eine längere Debatte kaum. Einerlei, wie man über die praktisch-politische Wirkung eines Parteitagstages zu diesen Fragen denken mag — der Artikel scheint uns die Bedeutung einer solchen „Aktion“ auf „Freund und Feind“ ganz erheblich zu überschätzen — darüber ist gar nicht zu streiten, daß die beiden Materien für die innere und äußere Politik so gewichtig sind, daß ihre Behandlung an sich eine durchaus nützliche Demonstration bedeuten würde.

Die letzten Parteitage haben gerade bewiesen, daß es Zeiten gibt, wo eine Partei alle Veranlassung hat, auf ihren Parteitag vorzugsweise häusliche Angelegenheiten zu erörtern, statt unter Hebung und Mäßigung innerer Meinungsverschiedenheiten aus Rücksicht auf Gegner und Indifferente Demonstrationen zu veranstalten. Der Artikel treibt die Tagesordnung in erster Linie der Klärung und Konsolidierung der Partei selbst dienen oder sollen sie vor allen Dingen nach außen hin demonstrativ und propagandistisch wirken?

Die letzten Parteitage haben gerade bewiesen, daß es Zeiten gibt, wo eine Partei alle Veranlassung hat, auf ihren Parteitag vorzugsweise häusliche Angelegenheiten zu erörtern, statt unter Hebung und Mäßigung innerer Meinungsverschiedenheiten aus Rücksicht auf Gegner und Indifferente Demonstrationen zu veranstalten. Der Artikel treibt die Tagesordnung in erster Linie der Klärung und Konsolidierung der Partei selbst dienen oder sollen sie vor allen Dingen nach außen hin demonstrativ und propagandistisch wirken?

Hier scheint uns nun in der Tat ein „grundständlicher Irrtum“ vorzuliegen. Der Irrtum nämlich, das Symptom als die Ursache anzusehen. Die „politische Stellungnahme“ zurückdrängende Tagesordnung der Parteitage soll die Ursache gewesen sein, weshalb man zu Dresden u. so viel über das innere Parteileben diskutiert habe. In Wirklichkeit war Tagesordnung und Verlauf der letzten Parteitage nur die Folge von Meinungsverschiedenheiten, die innerhalb der Partei vorhanden waren und durch deren künstliche Verschleierung man der Partei den denkbar schlechtesten Dienst erwiesen haben würde.

Eine solche Tatsache braucht man übrigens auch gar nicht zu bedauern. Es ist eben auch nur ein „grundständlicher Irrtum“, wenn man sich durch die unergiebliche Form gewisser Debatten über die Tatsache hinwegsetzen läßt, daß der Meinungsstreit im Kern durchwegs nicht in persönlicher Rechthaberei, sondern in sachlichen Meinungsverschiedenheiten besteht.

Man hat eingewendet, daß man die Gefahr gelegentlicher Meinungsverschiedenheiten nicht überschätzen dürfe. Erst wenn sich im praktischen Handeln Zwiespalt ergebe, sei Gefahr im Verzug. Wir würden es aber gerade für eine bedauerliche Kurzsichtigkeit halten, vorhandene Tendenzen sich ungehindert zu Taten entwickeln zu lassen. Dann hätten wir ja gerade glücklicherweise die Spaltung, die zu verhängnisvoller Sache der Wachsamkeit und Umsicht der Parteitage ist. Die Welt der sozialdemokratischen Partei in ihrem Wollen und Wesen so völlig verschieden von den

bürgerlichen Parteien ist, muß sie sich auch im Charakter ihrer Parteitage von ihnen unterscheiden. Auf bürgerlichen Parteitag, z. B. dem Zentrum, den Wählern, ist alles äußerer Schein, Dekoration, Demonstration. Demonstration wohl weniger zur Beeinflussung der Regierung, als zur Förderung der Massen. Die Sozialdemokratie hat nun zwar keine Ursache, sich eine propagandistische Gelegenheit entgegen zu stellen, allein ihre Werbekraft beruht doch auf soliderer Basis als auf Parteitagsdemonstrationen.

Wie liegt es nun mit dem Jenaer Parteitag? Sicher ist die Frage der Arbeiter geeignet, die ganze Frage des Verhältnisses von Partei und Gewerkschaft wieder einmal gründlich aufzurollen, eine Frage, die selbst ein Optimist und prononciert Gewerkschafter wie Genosse von Elm für eine unbedingt zu diskutierende erklärt hat. Auch die Frage des politischen Massenstreiks wird von Rebel jedenfalls von den größten Gesichtspunkten aus behandelt und zu einer prinzipiellen Auseinandersetzung ausgeweitet werden.

Alles in allem: So wenig wir im allgemeinen gegen eine propagandistische Ausnutzung der Parteitage einzuwenden haben und so sehr auch wir von der Notwendigkeit überzeugt sind, auf den Parteitag zu neu auftauchenden politischen Problemen (um die es sich im vorliegenden Falle nicht handelt) Stellung zu nehmen, so entschieden möchten wir uns doch dagegen wenden, daß Versuche unternommen werden, Diskussionen, die aus dem Parteileben emporschwächen, mit künstlichen Mitteln Einhalt zu tun.

H. S. H. O. P. J.

Aus der Partei.

Zur Tagesordnung des Parteitages

nimmt in Ihrer Nummer vom 5. Juli auch die „Leipziger Volkszeitung“ Stellung.

In ihrer Einleitung weist sie auf einen unangenehmen Begleitumstand bei der Veröffentlichung der Tagesordnung hin; sie sagt: „In unserer gestrigen Nummer haben wir den Aufruf mitgeteilt, durch den der Parteivorstand den diesjährigen Parteitag zum 17. September nach Jena einberuft. Wir haben auch schon auf den fatalen Begleitumstand hingewiesen, daß der Inhalt des Aufrufs am Abend vor seiner Veröffentlichung in liberalen Klatschblättern angegeben worden konnte, zugleich mit einer verletzenden Denunziation, worin der Regierung des Reiches ein Vorwurf gegeben wurde, sie könne nach Lage des sächsisch-weimarschen-eisenachischen Vereins- und Versammlungsrechtes die Abhaltung des Parteitages verbieten.“

Es ist kaum nötig zu sagen, daß wir den Parteivorstand selbst oder auch nur eines seiner Mitglieder nicht im Verdachte auch nur der leichtesten Fahrlässigkeit haben. Das ist vollkommen ausgeschlossen. Die Vorbereitungen zum Parteitag können nicht getroffen werden, ohne daß ein größerer Kreis von Parteigenossen davon mehr oder weniger genaue Kenntnis erhält. Aber aus diesem Kreise sind wir weit entfernt, irgend eine böse Absicht oder auch nur die Fahrlässigkeit zuzuschreiben, bürgerlichen Gebärdenphären und Geschichtsträgern unmittelbare Mitteilung über innere Parteiangelegenheiten zu machen. Es ist möglich und selbst wahrscheinlich, daß noch eine Reihe von Zwischengliedern nötig ist, bis die erwähnte Kunde an die Zeilenreißer kommt, die dann damit bei der kapitalistischen Presse hausieren gehen.

Zur Tagesordnung selbst bemerkt die „Leipziger Volkszeitung“: „In früheren Jahren ist wohl die Forderung aufgestellt worden, der Parteitag müsse regelmäßig irgend eine große, die weitesten Schichten der Bevölkerung interessierende Frage auf breiter Grundlage behandeln, um neue Anhänger für die Partei zu werben. Wir haben dieser Ansicht, die uns das Wesen der Parteitage zu verlernen scheint, niemals zustimmen können.“

Über einen Punkt der Tagesordnung, nämlich die Frage des politischen Massenstreiks, läßt sich dann unser Leipziger Bruderblatt noch besonders aus:

„Ohne weiteres geben wir zu, daß die Erörterung des politischen Massenstreiks auf dem Parteitage der Partei keine neuen Anhänger werden wird. Es ist eher zu befürchten, daß manche Wähler, die am 10. Juni 1903 ihre Stimme für sozialdemokratische Kandidaten abgegeben haben, dadurch losgerissen gemacht werden und sich ins bürgerliche Lager rückwärts konzentrieren.“

Die ganze Argumentation beweist zuviel und eben deshalb gar nichts. Der politische Massenstreik ist kein Phantasieprojekt, das irgend ein Querlopf ausgeheckt hat, sondern er ist aus der praktischen Entwicklung des proletarischen Klassenkampfes herausgewachsen, und als eine neue Form ihres Kampfes verdient er die sorgfältigste Prüfung der Arbeiterklasse.

Aus Industrie und Handel.

Geschäftsgewinne der Ruhrkohlenzechen.

Es ist eine bekannte Sache, daß jedesmal, wenn die Unternehmerschaft eines Industriezweiges zur Durchführung sozialpolitischer Maßnahmen angehalten wird, sie heilig und teuer versichert, die neuen Lasten, mögen diese auch noch so gering sein, nicht tragen zu können. So wurde denn auch von den Kohlenmagnaten und ihrem Anhang, als die Regierung die letzten beiden Vergesetz-Rohellen einbrachte, fröhlich behauptet, dem Bergbau erwachsen

daraus so bedeutende neue Lasten, daß er zu einer Erhöhung der Kohlenpreise werde greifen müssen. Dagegen versicherte Oberberg-hauptmann v. Bellen in der Vergesetz-Kommission des Herrenhauses, die vom Abgeordnetenhaus beschlossene Rohelle sei nicht geeignet, den Bergwerksunternehmern nennenswerte neue Lasten aufzuerlegen; würden die Kohlenpreise dennoch erhöht, so sei das ein Unrecht. Bei der Bedeutung der Kohlenpreise für unsere Gesamtindustrie ist es deshalb recht interessant, die Geschäftsergebnisse der Ruhrzechen zu betrachten, deren Kohlen und Koks in erster Linie dem allgemeinen Konsum zugeführt werden. Dies sind die reinen Kohlenzechen; den Hüttenzechen wird durch eigene Hochöfen, Eisen- und Stahlwerke der Absatz der Förderung wesentlich erleichtert. Es gibt im Ruhrkohlen-revier 20 Kohlen-Aktiengesellschaften, die als „reine“ Zechen anzusehen sind. Unter diesen Gesellschaften befinden sich „Harpen“, „Gibernia“, „Gelsenkirchen“, „Korbstein“, „Konfolidation“, „Wahlheim“ usw., die größten Werke im Ruhrgebiet. Die 20 Gesellschaften hatten 1904 eine Kohlenförderung von 24,4 Millionen Tonnen, sie umfaßten damit die Hälfte der Syndikatszechenförderung unter dem alten Verträge. Das Gesamtkapital betrug 322 Millionen Mark, die Anteilsschuld 87,7 Millionen Mark. Der Rohgewinn belief sich auf 70,7 Millionen Mark. Dieser Gewinn entspricht einer Verzinsung des Aktienkapitals zuzüglich der Anteilsschuld von mehr als 17 Proz. Das Aktienkapital allein in Betracht gezogen, entspricht der Rohgewinn einer Verzinsung von über 21 Proz. Die Deklaration des „Rohgewinnes“ geschieht seitens der Gesellschaften nicht nach einheitlichen Grundsätzen. Verschiedene Bilanzen lassen erkennen, daß auch solche Ausgaben als Selbstkosten verbucht sind, die Eigentumsvermehrung darstellen, z. B. Anschaffung von neuen Maschinen und anderen Reuanlagen. Ein Rohgewinn, der über 21 Proz. des Aktienkapitals ausmacht, kann sicherlich nicht als gering bezeichnet werden. Die Abschreibungen betragen zusammen 26 Mill. Mark. Die reine Dividende, nach Abzug der Rücklagen, Dotierung der Verwaltung, Ausschüttung der Tantiemen, stellt sich bei den 16 Gesellschaften, deren Geschäftsjahr mit dem Kalenderjahr zusammenfällt, auf durchschnittlich 11,5, bei den anderen auf 9,81. Die mittlere Zinsrate war demnach 10,55 Proz. Köhlig ist diese reine Kapitalverzinsung schwerlich zu nennen. Hinzu kommt noch, daß die 20 Gesellschaften einen Reservefonds in Höhe von 98 Millionen Mark anfangs im Jahre 1904, gleich 30 Proz. des Aktienkapitals. Die Vereinberg-A.-G. besitzt z. B. bei 7,2 Millionen Aktienkapital eine Rücklage von 6,4 Millionen Mark. Die Gelsenkirchener A.-G. besitzt neben einer Anteilsschuld von 12,9 einen Reservefonds von 19,7 Millionen Mark.

Das sind außerordentlich günstige Geschäftsergebnisse; aber der Appetit kommt bekanntlich beim Essen, und es ist deshalb durchaus nicht ausgeschlossen, daß die Herren vom Kohlenyndikat die verständigste Vergarbeitschutz-Rohelle zum Vortrand nehmen, um die Kohlenpreise noch mehr zu erhöhen; sind sie doch fast ebenso „leidend“ als die ostelbischen Latifundienbesitzer.

Regierung und Kohlenyndikat. Wie wir schon kürzlich berichteten, erhält sich an der Börse das Gerücht, daß die Regierung schon in nächster Zeit den Besitz des „Troytruffs“ (der Gesellschaft „Herne“) an „Gibernia“-Aktien übernehmen wird. Tatsächlich scheint es, als wenn die Syndikatsleitung jetzt geneigt ist, mit der Regierung Frieden zu schließen — allerdings nur unter der Bedingung, daß diese in der Hauptsache nachgibt, d. h. daß der Bergklaus dem Kohlenyndikat beiträgt und sich dessen Leitung unterordnet. Dafür sind dann die Syndikatsleiter gerne bereit, in Nebenbingen kleine Konzessionen zu machen und z. B. den Selbstverbrauch des Staates an Kohlen bei der Kontingentierung freizulassen.

Recht charakteristisch ist hierfür ein Artikel der „Rheinisch-Westf. Ztg.“, des Spezialorgans der Zechenbesitzer, in dem ausgeführt wird, der Regierung könne es nicht angenehm sein, daß zwischen ihr und der Industrie ein gespanntes Verhältnis bestehe, und andererseits wieder müsse den großen Berliner Banken, die an dem Gibernia-Truff beteiligt sind, im Interesse eines beiderseitigen angenehmen Geschäftsverkehrs daran liegen, daß möglichst wenig Schwierigkeiten mit der Regierung vorhanden wären. Dann meint das von den Ansichten der Zechenbarone meist gut unterrichtete Blatt:

Wie die Verhandlungen des Syndikats mit dem Fiskus sich eventuell gestalten würden, hängt wesentlich von den Bedingungen ab, die der Fiskus stellen wird. Eine Vereinbarung mit dem Syndikat betreffs Abgabe der „Gibernia“-Aktien dürfte nicht auf große Schwierigkeiten stoßen, da es sich hier lediglich um Festsetzung eines Abfindungskurses handeln würde. Dieser konnte nur ein kleiner Teil des in „Gibernia“-Aktien investierten Kapitals mobilisiert werden in Form von Obligationen. Es dürfte daher bei der „Herne“, G. m. b. H., Beteiligten nicht unangenehm sein, auch den Rest der festgelegten Summen wieder disponibel zu machen. Der Fiskus wird für die noch im Ausbau begriffenen Schächte natürlich eine jährlich anwachsende Verteilungsziffer verlangen. In wenigen Jahren werden die Zechenanlagen aus Gladbeck, Bergmannsgladbeck und Walsrop mit etwa 7 bis 8 Schächten fertiggestellt und 2 bis 3 Millionen Tonnen Kohlen zu fördern in der Lage sein. Damit würde der Fiskus den Steinkohlenbedarf der preussischen Eisenbahnverwaltungen, der im ganzen 5 1/2 Millionen Tonnen beträgt und bisher mit 3 Millionen Tonnen aus Westfalen gedeckt wurde, ganz aus seinen eigenen Gruben decken können. Bei eventl. Verhandlungen würde auch die Frage, ob der Selbstverbrauch des Fiskus, z. B. für die Eisenbahnverwaltung, entsprechend dem Privilegium der Hüttenzechen freigegeben wird oder nicht, von großer Bedeutung sein.

Deutsche Steinkohlenausfuhr nach Frankreich. Nachdem das Rheinisch-Westfälische Kohlenyndikat von Ruhrort-Essen zuerst im Jahre 1902 einen Versuch mit dem Versand deutscher Kohlen auf dem Seewege nach Frankreich gemacht hatte und dieser Versuch zufriedenstellend ausgefallen war, wurden von dem Syndikat im Jahre 1903 gegen 400 000 Tonnen deutscher Kohlen zur See nach Frankreich eingeführt, und im Jahre 1904 ist die gesamte Einfuhr zur See auf 500 232 Tonnen gestiegen.

Die Einfuhr zur See betrug im letzten Jahre fünf Käufe der ganzen Steinkohleneinfuhr von Deutschland nach Frankreich, die ohne das Einkommen der ersten auf kaum 330 000 Tonnen reduziert gewesen wäre. Die deutsche Steinkohleneinfuhr nach Frankreich, welche in den Jahren 1902 und 1903 1 000 000 bis 1 100 000 Tonnen betragen hatte, ist im Jahre 1904 nach Schätzung der französischen Zollbehörden auf 888 430 Tonnen gesunken. Auch die Einfuhr englischer Steinkohlen, welche im vorletzten Jahre bedeutend gefallen war, hat noch weiter abgenommen, sie betrug 5 800 880 Tonnen. Die Steinkohleneinfuhr aus Belgien bestand im 3 855 540 Tonnen. Mit Hinzurechnung kleiner, aus anderen Ländern eingeführter Mengen belief sich die ganze Einfuhr von Steinkohlen nach Frankreich auf 10 888 370 Tonnen. Dazu kommen 525 030 Tonnen meist aus Belgien bezogener Koks und 1 656 250 Tonnen Koks, von denen 1 112 540 Tonnen deutschen Ursprungs waren.

Neue japanische Anleihe. Der Vertrag über die neue japanische Anleihe ist gestern gezeichnet worden und zwar zwischen Koreschjo Takahashi als dem Vertreter der japanischen Regierung und der bekannten englisch-amerikanischen Gruppe, welche schon die letzte Anleihe übernommen hatte, nämlich Farris Van Lim, Yokohama

Specie Bank, Hongkong and Shanghai Banking Corporation, London, Ruhr Loeb u. Co., New York; gemeinschaftlich mit einer deutschen Gruppe, vertreten durch Max Warburg in Firma M. Warburg u. Co., Max Schindel von der Norddeutschen Bank in Hamburg, Direktor Meyers von der Deutsch-Asiatischen Bank. Es handelt sich um eine Anleihe von 30 Millionen Pfd. Sterl. zu 4 1/2 Proz. Sicher gestellt wird die Anleihe durch das Tabakmonopol. Jede der drei Gruppen übernahm 10 Millionen Pfund. Die Emission dürfte bereits im Anfang nächster Woche stattfinden.

## Soziales.

**Wie dem in Beruf erklärten Arbeiter sein Schaden berechnet wird.**

Unsere Leser werden sich noch des aufsehenerregenden Urteils des 6. Zivilsenats des Reichsgerichts vom 17. März 1904 erinnern, das in Sachen des vom Metallindustriellenverbande gesperrten Guspugers St. wider die Verbandsfirma Kesting u. Thomas zu Berlin gefällt wurde. Es handelte sich um eine der bekanntesten Berufserklärungen mitleidiger Arbeiter durch die Kündigungen, bei denen die berichtigte Vermittlungsstelle des Metallindustriellenverbandes eine große Rolle spielt. Kesting u. Thomas, als frühere Arbeitgeber St.'s, hatten dem Verbandsfirmen von Vorgängen und Äußerungen des Klägers, die mit seinem Eintreten für die Organisation (Deutsche Metallarbeitergewerkschaft) zusammenhängen, Kenntnis gegeben und über St. war infolge dessen durch die Vertrauenskommission des Verbandes der Metallindustriellen die Sperre verhängt worden. Er war längere Zeit arbeitslos und mußte schließlich zu einem anderen Beruf — Brauerei — übergehen, um sein Leben zu fristen. Er klagte gegen Kesting und Thomas als Ansüßiger zu der Sperre auf Schadenersatz. In erster und zweiter Instanz abgewiesen, erzielte er durch das oben genannte Urteil des Reichsgerichts die Zurückverweisung der Sache an das Landgericht Berlin I. Der Anspruch auf Schadenersatz wurde vom Reichsgericht im Prinzip anerkannt und Kesting und Thomas wurden auch für die richtigen Beklagten erklärt, weil deren Verhalten (Mittelung an den Industriellenverband mit der Absicht, die Aussperrung herbeizuführen) für den dem Kläger erwachsenen Schaden „kausal geworden“ sei, d. h. die Ursache abgab. Das Reichsgericht meinte, die Beklagten hafteten unter den obwaltenden Umständen aus § 829 des Bürgerlichen Gesetzbuchs (Verstoß gegen die guten Sitten), wenn die Sperre des Klägers eine unerlaubte Handlung gewesen sei. Das sei aber der Fall. Das Reichsgericht begründete das dann sehr eingehend, wobei es hervorhob, daß eine vom Metallindustriellenverband ausgesprochene Arbeitssperre einen sehr schweren Eingriff in das wirtschaftliche Leben des Betroffenen darstelle, und daß sie gegenüber dem Verhalten des Klägers als eine gegen die Willigkeit verstößende Härte angesehen werden müsse.

Die Würdigung nun das Landgericht bei der Feststellung des Schadens, die es jetzt wohl oder übel vornehmen mußte, den schweren Eingriff in das wirtschaftliche Leben des Klägers? Es liegt uns die schriftliche Ausfertigung des kürzlich ergangenen neuen Landgerichtsurteils vor. Der Kläger verlangte unter Vorbehalt weiterer Ansprüche vorläufig 2100 Mark als Ersatz von Arbeitsverdienst, der ihm infolge der Aussperrung entgangen sei. Er ging davon aus, daß er beim Verbleiben im Beruf binnen kürzester Zeit in eine Guspugelmaschine eingetreten wäre und dann durchschnittlich 32 M. die Woche würde verdient haben. Für die Zeiten der Arbeitslosigkeit seit der Verhängung der Sperre forderte er entsprechenden Ersatz und für die Zeiten, wo er inzwischen arbeitete, die Differenz zwischen dem erzielten Verdienst und dem Betrage von 32 M. wöchentlich.

Das Landgericht verurteilte die Firma Kesting u. Thomas nur zur Zahlung von 299 M., wies den Kläger mit seinem Rechtsanspruch ab und verurteilte ihn, sechs Siebentel der Kosten zu tragen. Die Summe des Urteils ist dem Kläger für die 11 1/2 Wochen zugespundet worden, die er seit Verhängung der Sperre hinfällig arbeitete. Die weitergehenden Ansprüche erscheinen dem Landgericht als „völlig unsubstanziiert“. Es gebe keinen Anspruch auf lebenslängliches Verbleiben in einer Fabrik und lebenslänglichen gleichen Verdienst. Demzufolge sei aber der ganze Anspruch nach dem Zeitpunkt, zu dem der Kläger nach Verhängung der Sperre wieder Arbeit gefunden habe, gegenstandslos. Kläger könne auch nicht verlangen, daß er gerade in Berlin Arbeit finde. Bemühungen, außerhalb Berlins unterzukommen, seien nicht dargetan.

Das ist der Kern des landgerichtlichen Urteils. Einige andere Ausführungen interessieren weniger. — Uns fehlt der Sinn für die Logik, wonach der ganze Anspruch von dem Zeitpunkt ab, wo der Kläger das erstmalig wieder irgend welche Arbeit fand, schon deshalb hinfällig sein soll, weil es „keinen Anspruch auf lebenslängliches Verbleiben und lebenslänglichen gleichen Verdienst“ gebe. Da das Reichsgericht dem Grunde nach den Schadenersatzanspruch aus der Sperre anerkannt hat, so kann das doch nur bedeuten, daß jeder Nachteil dem Arbeiter zu erliegen ist, der mit der Sperre ursächlich im Zusammenhang steht. Und dazu gehört doch wohl mindestens der Minderverdienst im fremden Beruf, in den der Betroffene durch die Sperre hineingetrieben worden ist, bei dessen Feststellung auch die stetigste Verdienstmöglichkeit im gezwungenen verlassenen Beruf zu berücksichtigen wäre. — Von einer angemessenen Beachtung der tatsächlichen Verhältnisse zeugt es auch gerade nicht, wenn dem Kläger es gleichsam als eigenes Verschulden angerechnet wird, daß er sich nicht in der Provinz oder vielleicht in einem entfernten Teile des Reiches um Arbeit bemüht hat. Das sieht ja beinahe so aus, als ob es vom Landgericht nicht als unbillig empfunden wird, daß ein mächtiger

Industriellenverband mitleidige Arbeiter mit ihren Familien durch Sperren im Reiche herumjagt.

Eigenartig berührt noch in dem Urteil die Bemerkung, daß in Brauereien die Arbeiter täglich Bier erhalten und daß, wenn man es dem Verdienst zurechnete, St. in der Brauerei mehr wie 26 M. verdient hätte. Nun erhielt er in der Brauerei an Lohn ca. 20 M. Er müßte also nach dem Landgericht wöchentlich 6 M. Lohn in Form von Bier erhalten haben. Woher diese Weisheit?

**Gehe gegen die Dresdener Ortstrankenkasse.** Für einen Teil der Unternehmerrasse gibt es kaum ein größeres Vergnügen, als gegen die von den Arbeitern selbst verwalteten Krankenkassen zu gehen. Eifrigst sind sie bestrebt, Material zu liefern zu der vom Fürsten Bülow bei den preussischen Herrnhäusern angeforderten „Reform der Krankenkassenversicherung“, lies: Vernichtung der Selbstverwaltung, die einer ganzen Reihe von Leuten ein Dorn im Auge ist.

Als neuester Anlaß zu dieser systematischen Gehe muß der Abwehrkampf herhalten, den die Dresdener Ortstrankenkasse gegen den Rat zu Dresden zu führen gezwungen ist. Hauptsächlich auf Betreiben der Hausbesitzer und der Reformator wurde der Verpflegung für die städtischen Krankenhäuser usw., den die Ortstrankenkasse und auch die anderen Krankenkassen nach Uebereinkommen bezahlen, heraufgeschraubt, und zwar, ohne erst in Verhandlungen mit der Ortstrankenkasse zu treten, die tatsächlich die Erhaltung der städtischen Krankenhäuser garantiert. Der Satz, den die Ortstrankenkasse zahlen soll, wurde von 1,80 M. pro Person und Tag heraufgeschraubt auf 2,20 M., das würde eine jährliche Mehrbelastung von 60 000 M. bedeuten. Es ist klar, daß hierauf der Vorstand der Ortstrankenkasse, der ja die Interessen der Kasse pflichtgemäß zu wahren hat, sich nicht ohne weiteres einlassen konnte. Es wurde vergeblich versucht, den Rat zum Entgegenkommen zu bewegen. Als aber alles nichts nützte, machte der Vorstand von dem ihm gesetzlich zustehenden Rechte Gebrauch, die Kranken nicht dem Krankenhaus, sondern, wenn die Ueberweisung in eine Anstalt absolut notwendig war, einer Klinik zu überweisen. Dieses Vorgehen des Vorstandes ist vom gesamten Vorstand, in dem auch sieben sozialdemokratische Arbeitgeber sitzen, beschlossen und von der letzten Generalversammlung sanktioniert worden. Mit der Sozialdemokratie an sich hat diese ganze Abwehrmaßregel nicht das geringste zu tun.

Wenn darauf hingewiesen wird, daß die Stadt Zuschüsse zur Erhaltung der Krankenhäuser leiste, so meinen wir, es ist soziale Pflicht einer Kommune, für die Pflege der öffentlichen Gesundheit und Wohlfahrt etwas zu opfern. Oder ist man der Meinung, es dürfte eine Stadt nur für Hebung der Hausbesitzer und der besthabenden Klasse überhaupt und schließlich noch im Interesse der zahlungsfähigen Fremden Opfer bringen, nicht aber für die Unbemittelten, obgleich die Krankenkassen den Kommunen eine ungeheure Armutlast abnehmen?

## Aus der Frauenbewegung.

**Die erste Arbeitersekretärin.** Die Genossin Helene Grünberg aus Berlin, die vom Rührberger Gewerkschaftslokale als Arbeitersekretärin gewählt wurde, hat jetzt ihr Amt angetreten.

## Verfammlungen.

**Die Arbeitsverhältnisse der Kellner im Zoologischen Garten.** Die bereits in der Donnerstagnummer des „Vorwärts“ unter Lokale in der Hauptsache geschildert worden sind, beschäffigen in der Nacht vom Mittwoch auf Donnerstag eine öffentliche Versammlung der Gastwirtsgehilfen, die im großen Saale der Viktoria-Brauerei in der Lühnowstraße stattfand. Zu dieser Versammlung war unter anderem durch Plakate an den Anschlagtafeln eingeladen worden, aber ohne daß hier, wie das auf den Handzetteln der Fall war, der „Zoologische Garten“ erwähnt wurde. Die faktisch bekannte Zensurenweisheit der Firma Kauf u. Hartmann hatte es nämlich nicht für zulässig erachtet, daß der Name eines derartigen hochfeinen Restaurants auf diesen Plakaten prange. Das Referat hielt Hugo Boehsch, der Redakteur des „Gastwirtsgehilfen“, und er schilderte ausführlich die ungenügenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Kellner, sowie die Ausbeutung, der sie bei Stellenvermittlung ausgeht. Mancherlei Zwischenrufe und die dem Vortrag folgende Diskussion, die bis 1 1/2 Uhr dauerte, bewiesen, daß seine Ausführungen, die im wesentlichen mit den im „Vorwärts“ bereits mitgeteilten übereinstimmen, keineswegs übertrieben waren. Uebrigens scheint es, daß die bloße Ankündigung der Versammlung schon besternd auf die Verhältnisse gewirkt hat, denn, wie der Redner mitteilte, hatten die Kellner am selben Abend neben den üblichen Stellen zu ihrem eigenen Erkaufen eine gute Portion Schinken erhalten. Es ist auch plöglich noch eine zweite Verbesserung durchgeführt worden, indem zwei vom Geschäft bezahlte Hausdiener zum Messerputzen angestellt worden sind, eine Arbeit, die mit der Maschine bewerkstelligt, den Kellnern selbst oblag und für die sie nicht selbst mehr ausführen wollten, einen Hausdiener aus ihrer eigenen Tasche bezahlen sollten. Dieser Umwälzung ist offenbar die Folge einer Unterredung, die ein Kellner des Restaurants am Montag mit Herrn Adlon persönlich gehabt hatte und von der er der Versammlung Mitteilung machte. Herr Adlon sei, so bemerkte der Redner, sehr erkrankt gewesen, als er ihm wahrheitsgemäß die Verhältnisse schilderte, und habe ihm erklärt, daß sie ihm ganz etwas Neues, und schließlich habe er gesagt: „Wenn Sie Beschwerden haben, so kommen Sie zu mir.“ — Besonders scharf wurde vom Referenten wie auch in der Diskussion das Treiben der

Stellenvermittler geißelt, die, um sich der Kontrolle der Behörden zu entziehen, unter allerlei Namen eine Anzahl von Scheinvereinen gegründet haben, welche keinen anderen Zweck haben, als den Leitern eine ungestörte unerzähmte Ausbeutung stellensuchender Kellner möglich zu machen, ein schmählicher Uebelstand, der nur dann endgültig beseitigt werden kann, wenn sich die Kellner einer ehrlichen Fachorganisation anschließen, wie es auch in der folgenden gegen drei Stimmen angenommenen Resolution ausgesprochen wird:

„Die Versammlung verurteilt auf das entschiedenste die im Restaurant „Zoologischer Garten“ bestehenden unwürdigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Die Versammlung protestiert energisch gegen die von den gewerbdmässigen Stellenvermittlern Stiebing (vom sogenannten „Senfer Verband“) und Jentler u. Rossenhauer (vom „Klub Kollegial“) mit Unterstützung der Direktion betriebene Ausbeutung der Angestellten. Die Versammlung erkennt im Verband deutscher Gastwirtsgehilfen diejenige Organisation, welche ausgerechnet besteht ist, die Lage aller Angestellten im Gastwirts-gewerbe zu verbessern. Um in Zukunft den berechtigten Wünschen mehr Nachdruck zu verleihen und Front machen zu können gegen die im Gastwirts-gewerbe übliche Ausbeutung, und die durch die Stellenvermittler betriebene Bewucherung der menschlichen Arbeitskraft, deren Formen immer häufigere und deren Druck immer stärker und unerträglich werden, erklären die Anwesenden sich alleamt bereit, dem Verband deutscher Gastwirtsgehilfen beizutreten.“

## Vermischtes.

**Die Choleraepidemie für Europa.** Professor Chantemesse, Generaldirektor des Pariser Hygiene-Bureaus, ist der Ansicht, Europa sei in diesem Jahr ernstlich von einer Cholera-Epidemie bedroht. Während der letzten vier Jahre ist, wie er ausführt, die Cholera mit großer Schnelligkeit westwärts vorgezogen und droht jetzt auf vier verschiedenen Wegen Europa zu überfallen: 1. über Moskau, Peters-burg und den Wolga-Fluß; 2. über das Schwarze Meer, Odessa und Mittel-Europa; 3. über die Donau und die Balkanstaaten; 4. über Konstantinopel, das Adriatische Meer und Italien. Lange Andauer des heißen Wetters würde, wie Professor Chantemesse erklärt, den Ausbruch der Cholera beschleunigen.

**Ein furchtbarer Orkan hat in der Umgegend von Mailand** große Verheerungen angerichtet. In der Nähe des Kirchhofes von Pafocco stürzte ein hoher Fabrikstein ein, zerstörte das Dach der Fabrik und begrub zwölf Arbeiter unter den Trümmern. Hier-von wurden fünf als Leichen hervorgezogen. Die übrigen waren schwer verletzt. In der Nähe von Lambrode, 1 Kilometer von Mailand entfernt, wurde ein Gebäude durch den Sturm zerstört, wobei ein Arbeiter getötet und drei verletzt wurden. In Sottano explodierte ein Gasbehälter und stürzte zusammen. Sieben Personen wurden schwer verletzt. In der Stadt wurden von dem Orkan Dach-ziegel und Fenstersteine auf die Straße geschleudert, wobei mehrere Personen getötet und 30 verletzt wurden.

**Die Hitze in Rom.** Aus Rom wird uns vom 3. Juli ge-schrieben:

Auch in Rom ist in diesem Jahre die Hitze sehr plötzlich gekommen und erscheint daher unerträglich als in anderen Jahren. Gestern, bei einem Maximum von 37 Grad Celsius im Schatten und einem Minimum von 20 Grad Celsius waren nicht weniger als acht Todesfälle durch Hitzschlag zu beklagen. Und zwar sind die Opfer ausschließlich die vor den Toren der Stadt arbeitenden Schmitzer, die in der Sommenglut vom Sonnenaufgang bis zum Abend arbeiten müssen. Fünf der Opfer sind über 60 Jahre alt. Es ist wirklich unerhört, daß man noch nicht soviel für den „Menschenschutz“ getan hat, um diese mörderische Ausbeutung zu hemmen. Sechs von den acht Todesfällen sind nach 4 Uhr nachmittags eingetreten, als die unglücklichen Schmitzer schon 11 Stunden gearbeitet hatten!

**Das Gordon-Bennett-Rennen.** Der vorjährige Sieger, Léon, der auch aus dem diesjährigen französischen Auscheidungsrennen sieg-reich hervorgegangen war, hat zum zweitenmal das Gordon-Bennett-Rennen für Frankreich gewonnen. Das amtliche Ergebnis bei dem Mittwoch ausgefahrenen Rennen ist: Léon (Frankreich) Erster in 7 Stunden 2 Minuten, Nazzari (Italien) Zweiter in 7 Stunden 19 Minuten, Cagno (Italien) Dritter in 7 Stunden 21 Minuten. Callois (Frankreich) Vierter in 7 Stunden 27 Minuten. Es folgten Werner (Deutschland) mit 8 Stunden 3 Minuten, Duray (Frankreich) 8 Stunden 5 Minuten, De Caters (Deutschland) 8 Stunden 11 Minuten, Rolfe (England) 8 Stunden 26 Minuten, Clifford (England) 8 Stunden 27 Minuten, Braun (Österreich) 8 Stunden 33 Minuten, Bianchi (England) 8 Stunden 38 Minuten, Lytle (Amerika) 9 Stunden 30 Minuten.

**Grubenkatastrophe.** Infolge einer Explosion in einer Kohlen-mine in Vivian (Westvirginien) wurden 9 Arbeiter getötet und 30 verletzt, darunter 15 tödlich; 30 Arbeiter werden vermisst und es besteht wenig Hoffnung, sie zu retten.

**Eisenbahnunglück.** Zwischen Neanderthal und Gerresheim bei Düsseldorf lösten sich vier Wagen eines Güterzuges los und fuhren auf eine entgegenkommende Lokomotive auf. Bei dem Unfälle wurde der Lokomotivführer getötet und der Lokomotivführer verletzt. Der Materialschaden ist bedeutend. Die Strecke ist einstweilen gesperrt.

**Doppelmord und Selbstmord.** Der Kommissar Lubauer und der Oberexpeditor Cohn in Bamberg wurden von dem Kommissar Heinrich Piehr in vorletzter Nacht erschossen. Das Motiv der Tat ist nicht bekannt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

## Theater.

Freitag, den 7. Juli.  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
**Neues Operntheater.** Die lustigen Weiber von Windsor.  
**Berliner Jugend.** — Frühsch.  
**Zentral.** Die Geisha.  
Anfang 8 Uhr:  
**Schiller O.** (Ballner-Theater.) Die lustigen Weiber von Windsor.  
**Schiller N.** (Bredrich Wilhelm-schäffisches Theater.) Hofgungst.  
**Westen.** Jung-Heidelberg.  
**Kleines.** Vater Riekmann. — Die Neuvormählten.  
**Pulspielhaus.** Kyth-Weiß.  
**Carl Weisk.** Lehmanns Abenteuer.  
**Wette-Alliance.** Ben Ali Ben.  
**Reichshallen.** Sietzinger Sönger.  
**Apollo.** Ein Abend in einem ameri-kanischen Singel-Tempel. — Am Hochzeitsabend. — Spezialitäten.  
**Metropol.** Die Herren von Maxim.  
**Wassage-Panoptikum.** Der lebende Eisenstich.  
**Wintergarten.** Spezialitäten.  
**Berliner Vater-Theater.** Zwischen Himmel und Erde.  
**Stadt-Theater Moabit.** Rutter Gräber.  
**Urania.** Taubentstraße 48/49.  
Der Simphon und sein Gebiet.  
Jubelidenschaft 57/62. Stern-warte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

**Urania** Tauben-str. 48/49.  
8 Uhr:  
**Der Simphon und sein Gebiet.**

**Sternwarte** Invaliden-str. 57/62.

**P. CASTAN'S PANOPTICUM.**  
Friedrichstr. 165.  
Kronprinz Wilhelm  
Kronprinzessin Cécile.  
Neal Roschdjestwensky,  
der russische Admiral.  
Mlle. Vallée, d. 16jährige armlose Fußkünstlerin.

**ZOOLOGISCHER GARTEN**  
Täglich nachmittags 5 Uhr:  
**Großes Militär-Doppelkonzert.**  
Gastspiel der Kapelle der vierten Kavallerie-Regiments-Abteilung aus Turhauen. Dirigent: Rasterlicher Musikdirektor F. Stiller.  
Eintritt ab 6 Uhr 50 Pf.  
Kinder die Hälfte.

## Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Ballner-Theater.) Normal-Oper.  
**Freitag, abends 8 Uhr:**  
Die lustigen Weiber von Windsor.  
Romanische Oper in vier Akten von Otto Nicolai.  
**Sonnabend, abends 8 Uhr:**  
Populäre Vorkell. bei halben Preisen:  
**Fidelio.**  
**Sonntag, abends 8 Uhr:**  
Gastspiel Heinrich Bütel.  
Der Postillon von Lonjumeau.  
Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.)  
**Freitag, abends 8 Uhr:**  
**Hofgungst.**  
Lustspiel in 4 Aufzügen von Thlo n. Trotha.  
**Sonnabend, abends 8 Uhr:**  
**Hofgungst.**  
**Sonntag, abends 8 Uhr:**  
**Hofgungst.**  
Im Garten täglich:  
**Großes Militär-Konzert.**

**Max Kliems Sommer-Theater**  
Hasonhoide 13—15.  
Kritische Zeitung: Paul Milbitz.  
**Täglich: Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.**  
Jeden Donnerstag: **Sitte-Tag.**  
Fernsprecher IV. 8891. **Max Klem.**

**Metropol-Theater**  
Der größte Erfolg der Saison!  
Zum 243. Male:  
**Die Herren von Maxim.**  
Große Ausstattungsspieße mit Gesang und Ballett in 5 Bildern.  
Rauchen gestattet. Anf. 8 Uhr.  
**Carl Weiß-Theater.**  
Gr. Frankfurterstr. 132.  
Gastspiel der Original japan. Ballett-Gesellschaft „Ti-ti-pa“.  
Täglich 8 Uhr:  
Lehmanns Abenteuer auf dem russisch-japanischen Kriegsschauplatz.  
Im Sommergarten:  
**Neues Niesen-Takt-Programm.**  
Anfang 5 Uhr.  
Sonnabend großes Sommerfest.

## Kleines Theater

Anfang 8 Uhr.  
Zum erstenmal:  
**Vater Riekmann.**  
Hierauf: **Die Neuvormählten.**  
Sonnabend: **Nachtasyt.**  
Sonntag: **Vater Riekmann.** Die Neuvormählten.  
**Neues kgl. Opern-Theater.**  
Anfang (Kroll.) 7 1/2 Uhr.  
Letztes Gastspiel der kgl. bay. Kammersängerin Hermine Bosetti.  
Die lustigen Weiber von Windsor.  
Sonnabend: **Martha.**  
Sonntag: **Die Fledermaus.**  
Mittwoch, 12. Juli: Gastspiel Thoa Doré.

**W. Noacks Theater.**  
Direktion: Rob. Hill. Brunnenstr. 16.  
Bei schönem Wetter im **Täglich Garten**, bei schlechtem Wetter im Saal:  
**Konzert, Theater, Spezialitäten.**  
**Geniehet das Leben!**  
Anfang: **Sonntag 5 Uhr, Wochen-tags 7 Uhr. Entree 30 Pf.**  
**Berliner Uk-Trio.**  
Felix Soheuer **Stübchen** 1.

## Apollo-Theater.

Das bestvertheilte Theater Berlins mit großem Garten!  
**Größter Vaherfolg! Der Gipfel der Komik! 10 Uhr:**  
**Ein Abend in einem amerikan. Singel-Tempel.**  
Vorher: **Hochzeitsabend von Paul Linde und Spezialitäten.**  
**Bernhard Rose-Theater**  
Gellendamm, Bahnhöhe 58.  
**Täglich das grandiose Jullprogramm.**  
**Arthur Marka Paul Wolf Freya Coradini**  
Hill und Hill, Latoures, Edith Harlo, Johnke-Compagnie, Helton-Compagnie. **Außenort:**  
**Die Loreley.**  
Anfang 4 1/2 Uhr. Im Saale: **Ball.**  
Entree 30 Pf. Rumer. Platz 50 Pf.  
**Fröbels Allerlei-Theater**  
(früher Bülte) **Schönhauser Allee Nr. 148.**  
Heute und täglich: **Konzert, Theater, Spezialitäten.**  
Neue erstklassige Spezialfolge. **Arbeit schadet nicht.**  
Vollständig mit Gesang in drei Akten von Neiffinger.  
Anf. 4 Uhr. Entree 30, Speeritz 50 Pf.

Berliner Nachrichten.

Ferien.

Nun geht die Schuljugend wieder auf fünf Wochen in die Ferien. Es ist noch nicht so sehr lange her, daß es in Berlin als selbstverständlich galt, selbst im Punkte der Schulferien einen Unterschied zwischen reich und arm zu machen.

Der Kampf um die Feriengleichheit hat viele Jahre gedauert. Am eifrigsten wurde er von den Gemeindefullehrern geführt, und ein Teil der Kräfte stand ihnen bei.

Warum wir heute die Erinnerung an jene Kämpfe wieder auffrischen? Weil der Streit, ob kurze oder lange Ferien das Bessere sind, aufs neue zu entbrennen droht, und aufs neue die Furcht vor der Ferienverlotterung ärmerer Kinder rege gemacht worden ist.

Es ist es wirklich ein so großes Unglück, wenn ein Kind in den Ferien „verdummelt“? Was von pedantischen Lehrern und unwissenden Eltern und nun auch von ärztlicher Seite übertreibend als Verbummelung und Verlotterung betrachtet wird, das ist am Ende das Beste, was die Ferien einem Schulkinde geben können.

Die Sorge um die Proletarierkinder, denen die Ferien so sehr viel gefährlicher sein sollen als den Kindern der Wohlhabenden, ist nicht unähnlich jenen Befürchtungen für das sittliche Wohl des Arbeiters, die allemal dann laut werden, wenn dem Arbeiter etwas mehr Ruhe und Erholung gegönnt werden soll.

Was für die Arbeitswoche die Sonntagsruhe ist, das ist für das Arbeitsjahr der Ferienurlaub. Dieser ist so nötig, wie jene, dem Erwachsenen ebenso sehr, wie dem Kinde.

Zu den Stadtverordneten-Wahlen, die im November dieses Jahres wieder vorzunehmen sind, werden jetzt die ersten amtlichen Vorbereitungen getroffen. In der zweiten Hälfte des Juli werden die Wählerlisten öffentlich ausgelegt werden.

Von den 48 Wahlbezirken, deren Mandate im Herbst ablaufen und neu zu vergeben sind, gehören 16 der ersten Abteilung, 16 der zweiten und 16 der dritten. Von diesen 16 Bezirken dritter Abteilung sind 8 im Besitze der Sozialdemokratie: 15. Bezirk (Stadtv. Lottsdorf), 21. Bezirk (Stadtv. Wille), 26. Bezirk (Stadtv. Neimann), 27. Bezirk (Stadtv. Hoffmann), 33. Bezirk (Stadtv. Koblenzer), 38. Bezirk (Stadtv. Kleinert), 40. Bezirk (Stadtv. Arons), 46. Bezirk (Stadtv. Gintje).

Der Stadtverordnete Jakob, der große Mann, der alle Freisinnswahlen „macht“, soll schon an der Arbeit sein, die Kandidaten zu sichten. Ob er von der dritten Abteilung noch einigen Erfolg für seine Leute erwartet? Unsere Parteigenossen werden nicht nur bemüht sein, die Wahlbezirke zu behaupten, die sich bereits in den Händen der Sozialdemokratie befinden, sondern werden auch in den anderen Bezirken, aus denen der Freisinn bisher nicht hinausgeworfen werden konnte, einen erneuten Vorstoß machen.

Kraftwagen und Pferdefuhrwerk.

Herr v. Budde, der Eisenbahnminister, hat an die Oberpräsidenten einen Erlaß über den Fahrverehr gerichtet, der streng den Grundsatze „Rechts ausweichen, links vorbeifahren“ befolgt sehen will und dann die Bedeutung des Automobils im öffentlichen Verkehrsweesen hervorhebt.

„Wie die Erfahrung lehrt,“ so heißt es in dem Erlaß, „sollten namentlich die Führer der Pferdefuhrwerke jenen Bestimmungen nur geringe Beachtung zu schenken. Bei der Begegnung mit Fuhrwerken weichen sie nicht immer nach rechts, sondern nach der besser besetzten Straßenseite aus.“

An diesem Erlaß fällt der Eifer auf, mit dem der Minister für das Automobil die Bahn frei macht. Erinnert man sich, wie schwer es vor einem guten Jahrzehnt dem Fahrrad gemacht wurde, sich die Straße zu erobern, so muß man staunen über den Fortschritt an Einsicht.

Wie anders jetzt, wo das fast nur von wohlhabenden Leuten benutzte Automobil sich Bahn brechen soll! Da will und dünkt, daß der Staat fast überreichlich vorarbeite. Mag es immerhin zutreffen, daß dieser und jener Kutscher dem Automobil einen Schabernack zu spielen versucht, so sind das doch nur Ausnahmen, die dem Urheber zumeist teuer genug zu stehen kommen.

In der gestrigen Sitzung der städtischen Tiefbaudeputation unter dem Vorsitz des Stadtrats Bohm wurde von diesem an Stelle des ausgeschiedenen, zum Richter am Kaufmannsgericht berufenen Magistratsrats Lechow Magistratsassessor Dr. Licht als Mitglied eingeführt. Es wurde u. a. beschlossen, zur Herstellung einer Verbindungsstraße zwischen Gollnow- und Joststraße dem Magistrat die Befreiung eines neuen Fluchtlinienplanes vorzuschlagen.

Das Hardenberg-Denkmal sollte nach einem Beschluß der Deputation auf dem Dönhofsplatz zu stehen kommen und zwar an der Jerusalemstraße. Die Tiefbaudeputation erhob hiergegen in ihrer gestrigen Sitzung Widerspruch und empfahl, das Denkmal auf dem Wendammermarkt aufzustellen.

Von den Ferienkolonien. Das Gros der Berliner Ferienkolonien hat heute vom Stettiner Bahnhof aus unter Führung von Lehrern und Lehrerinnen die Reise an die Ostsee, nach Weidenburg, Pommern usw. angetreten. Am nächsten Montag werden dann die 23 Halbkolonien um Berlin ihre Pforten für rund 1200 Kinder öffnen.

Die Kammer Oppermann erhält für ihr Benehmen im Bismarckprozess auch aus den Kreisen der Sachverständigen eine Danksagung. In der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ schreibt einer der Sachverständigen, Oberarzt Dr. Rönklemüller: „Ob man schon so wie so als psychiatrischer Sachverständiger durchaus nicht immer in der Lage, über die rücksichtslose Anerkennung und Zustimmung sämtlicher Prozedurteiligen und noch weniger des Publikums zu quittieren, so war die Sepsis, die sich von seiten des Gerichtshofes wie ein Mehltau auf alles herabsenkte, was dem sachverständigen Munde entanoll, in diesem Falle von ganz besonderer Intensität.“

„Für Ausflügler nach dem Spreewald. Der Sozialdemokratische Ortsverein Lübbenau ersucht uns, folgendes bekannt zu geben: Die Parteigenossen und Arbeitervereine, die einen Ausflug nach dem Spreewald unternehmen, bitten wir, in solchen Fällen sich an den Vorsitzenden des Sozialdemokratischen Ortsvereins zu Lübbenau, H. D. S. J. G., Richtergarten Nr. 342a, zu wenden.“

Das Gewitter am Mittwochabend hat uns nach tagelanger Schmutzhitze endlich die ersehnte Abkühlung gebracht. Fast gleichzeitig kam das Wetter aus Nordwesten und Südosten herauf. Ununterbrochen folgten während mehrerer Stunden Bliz auf Bliz, Donner auf Donner.

Ueber die durch das Unwetter herbeigeführten Betriebsstörungen wird von der Großen Berliner Straßenbahn gemeldet, daß infolge Ueberschwemmung der Schönhauser Allee die Wagen der Linien 48, 50 und 51 an der Bappellallee umliegen mußten, während der Betrieb auf den Linien 46, 47, 49 und 57 für die Dauer von einer halben Stunde unterbrochen war.

Zur Angelegenheit der Verpachtung des Botanischen Gartens schreibt uns die Deutsche Hausbau-Gesellschaft Widmann u. Reglin, Wilhelmsstr. 18: Wir bemerken zu der von Ihnen veröffentlichten Zuschrift eines Mitbieters, daß die Deutsche Hausbau-Gesellschaft aus zwei in Berlin und Stargard in Pommern domicilierenden Hausbau-Gesellschaften im März 1904 durch Zusammenschluß dieser Gesellschaften entstanden ist, und hatten diese Gesellschaften einen Bilanzwert von 42 000 M., wovon aufs Patentkonto nur 2000 M. kommen, die heute bereits durch Barzahlung abgelöst sind.

Armeereform. Hiesige Blätter melden: „Die Schellenbäume der Militärkapellen müssen fortan nach einer kriegsministeriellen Anordnung eine einheitliche Form und Größe haben. Die dabei verwendeten Farben müssen sich den Farben der Uniformstücke und Knöpfe der Truppenteile anpassen.“

Die Sorglosigkeit der Reisenden auf den Bahnhöfen macht den Dieben ihre Arbeit oft nur allzu leicht. Täglich laufen bei der Polizei Anzeigen über den Verlust von Gepäckstücken ein. Ein Teil findet sich an anderen Stellen wieder, ein Teil aber ist gestohlen. Die Polizeibeamten auf den Bahnhöfen sind angewiesen, auf das Gepäck ihr Augenmerk zu richten. Das tat denn auch ein Beamter auf dem Stettiner Bahnhof, wo ein vornehmer Herr seinen Koffer mitten in der Halle stehen ließ und sich entfernte.

Das Zimmermannen mit Petroleum, jene oft gerägte und doch leider noch immer weitverbreitete Unsitte, hat wieder einmal schweres Unheil angerichtet. In der Kaufstr. 40 war gegen Abend die Ehefrau des Zimmermanns Müller damit beschäftigt, Feuer anzumachen. Da sie es nun nicht schnell genug in Gang bekommen konnte, goß sie Petroleum auf die Kohlen. Im selben Augenblicke schossen auch schon lange Stachlammen aus dem Feuerloch heraus und ergriffen die Kleider der W. Blätterlos brennend eilte sie auf die Treppen und schrie um Hilfe. Wenn es auch herbeigeeilten

**Geldbesitzern gelang, das Feuer bald zu erlöschten, so hatte die Frau doch schon schwere Brandwunden an der Brust und an den Händen davongetragen. Sie wurde von den Samaritanern der alarmierten Feuerwehre verbunden und michte in ärztliche Behandlung gegeben werden. Wieder knüpfen wir an dieses Unglück die Warnung, Petroleum beim Feueranmachen zu verwenden. Ob's helfen wird!**

**Zur Warnung für Dienstmädchen.** Eine Hintertreppen-Pythia kreibt im Westen Berlins ihre Umwesen. Auf der Straße spricht sie Dienstmädchen aus herrschaftlichen Häusern an — die Mädchen sind erfahrungsmäßig fast alle für nicht die Zukunft zu haben — und fragt nach einem gar nicht vorhandenen Mädchen, zu dem sie als Wahrsagerin bestellt sei. Durch glatte Worte schmeichelt sie sich so ein, daß die Mädchen sie in die Küche oder in ihre Stube mitnehmen. Dort deutet sie die Zukunft aus zwei Spielen Karten so eingehend, daß sie noch nicht fertig ist, wenn das Mädchen durch eine Wunde zur Herrschaft oder nach der Eingangstür gerufen wird. Bezahlung hat sie vorher genommen, weiß daher, wo das Geld des Mädchens liegt. Das steckt sie ein und nimmt auch sonst noch mit, was ihr gerade gefällt. Dann ist das Ende der Wahrsagererei sehr kurz. Die Betroffenen merken ihren Schaden erst, wenn die Person fort ist. Zuweilen hat sie auch aus den Wohnungen abwechsender Herrschaften gestohlen. Sie ist 25 bis 30 Jahre alt, bleich, dunkelblond, hat runde, vorstehende Augen und trägt einen schwarzen Rock, ein graues Sommerjackett und eine blau und grün karierte Bluse.

**Ein Liebesdrama.** Die 36jährige Arbeiterfrau Berta Rasewski erhielt in ihrer Wohnung Dunderstr. 18 öfter nachmittags den Besuch eines Herrn. Nachbarsleute merkten dies und verständigten den auf Arbeit befindlichen Chemann. Das erfuhr Frau M. am Mittwoch, ließ ihre drei Kinder von sieben bis zu drei Jahren zurück und entfernte sich, um angeblich zu verreisen. Am Nachmittag desselben Tages kehrte ein Paar in einem Gasthof am Schlegelhofen Bahnhof ein, das sich als Monteur Emil Schneider und Frau Martha geborene Bod aus Breslau in das Buch eintrug. In der Nacht wurden beide vergiftet aufgefunden; die Frau starb auf der Unfallstation am Mariannenufer, der Mann kam besinnungslos nach Bethanien. Auf dem Tisch des Fremdenzimmers lag ein Pappschild, das die Frau auf einem Bahnhofs abgerissen hatte. Auf der Rückseite stand: „Besten Dank für Deine Güte! Sei den Kindern eine Mutter; Gott wird Dir's lohnen. Deine Schwester Berta.“ Die Adressatin, eine Frau Anna P., wohnt in demselben Hause der Dunderstraße. Ob der angebliche Schneider, der am Donnerstagnachmittag noch lebte, den richtigen Namen angegeben hat, konnte noch nicht ermittelt werden, da er mit dem Tode ringt.

**Wer kennt Robert Willner?** Die Advokatentwite Frau Therese Willner in Wien VII, Zollergasse 16, schreibt uns: Mein Sohn Robert Willner, geboren in Lepitz, absolviertes Honorar der Philosophie, verließ am 10. Juli 1903 Wien, ohne seitdem Nachricht von sich zu geben. Er bekannte sich als Anhänger der Sozialdemokratie, und es ist wahrscheinlich, daß er sich in Deutschland aufhält. Vielleicht weiß ein Leser des „Vorwärts“ etwas von ihm und berichtigt ihn, seiner Mutter ein Lebenszeichen zu geben.

**Vermisst wird** seit dem 1. Juli der 65 Jahre alte Friedrich Westphal, der Brangelstr. 14, Seitensflügel 4 Treppen wohnte. Er war mit schwarzem Jackett und grauer Hose sowie weißem Strohhut bekleidet und trug eine silberne Taschenuhr und einen braunen Spazierstock. Seine Größe ist etwa 1,80 Meter. Wer etwas über ihn weiß, wolle der Polizei Auskunft geben.

**Feuerbericht.** Ueber ein Dutzend Alarmierungen hatte die Wehre in der Zwischenzeit zu verzeichnen. Nach der Dramenstr. 101/102 wurde sie Donnerstag mittag gerufen, weil dort im linken Seitensflügel ein Posten Papier, Pappen usw. in Brand geraten war. Der 17. Löschiug beseitigte die Gefahr. — Gardinen und Decken gingen dann in der Taubenstr. 41 in Flammen auf, während in der Dresdenerstr. 85 Lumpen eingäschert wurden. — In der Baugenerstraße 7 brannten Pfeffbohnen auf dem dortigen Platz. Die Ablösung erfolgte mit einer Schlauchleitung. — Hölzer hatten weiter in der Schönhauser Allee 68/67 und der Fußboden und die Balkenlage in der Mühlenstr. 58 Feuer gefangen. — Nach der Schiebelerstr. 46 wurde die Wehre gerufen, weil dort ein Wienenchwarm umhergeschwirrt und die Passanten belästigte. Er wurde in kurzer Zeit eingefangen. — Die übrigen Alarmierungen, die noch aus verschiedenen Straßen vom Gesundbrunnen und Wedding einliefen, waren auf Kellerüberflutungen, die infolge des Gewitterregens entstanden waren, zurückzuführen.

## Vorort - Nachrichten.

### Charlottenburg.

#### Die rote Garnison der „Germania“.

Belanntlich veröffentlichte Goerke in Charlottenburg im Dezember 1903 eine Broschüre, worin er eine Reihe von Klagen über Partei- und Krankenlohnverhältnisse in Charlottenburg aufstellte. Die Behauptungen Goerkes wurden damals von der bürgerlichen Presse, besonders der „Germania“ heftig aufgegriffen und als willkürliches Material benutzt, um andere Partei in bekannter Weise zu verunglimpfen. Für unsere Parteigenossen war die Veröffentlichung Goerkes erledigt durch eine Erklärung, welche Goerke vor dem Vorstand des Charlottenburger Wahlvereins abgab, der in diesem Angelegenheit als Schiedsgericht fungierte. Diese Erklärung ist in Nr. 27 des „Vorwärts“ vom 2. Februar 1904 abgedruckt. Goerke sagt darin, er bedauere, daß ihm nicht gewollten Folgen, welche seine Broschüre durch ihre Ausbreitung in der bürgerlichen Presse gehabt hat, ferner erkläre er, daß die von diesen Blättern gegen den Genossen Sellin erhobenen Anschuldigungen in seiner Broschüre nicht enthalten seien, er bedauere, daß der Wortlaut derselben eine solche Deutung erfahren habe.

Trotz dieser Erklärung Goerkes griff die „Germania“ diese Angelegenheit nach einem halben Jahre von neuem auf. Im August und September 1904 brachte sie zwei lange Artikel, in denen sie sich die in der Goerkeschen Broschüre enthaltenen Behauptungen zu eigen macht. In dem ersten Artikel vom 30. August wird unter anderem behauptet, in der Charlottenburger Ortskrankenkasse würden auf Betreiben des Wahlvereins nur Parteigenossen angestellt, denen auf solche Weise ein gutes Unterkommen geschaffen werde. Von drei Krankenkontrollanten, die ihre Pflicht verlehrt hätten, sei nur einer, der nicht Sozialdemokrat war, entlassen worden und an Stelle eines entlassenen Postassistenten sei ein Buchbinder H. angestellt worden. Lediglich, damit wieder ein Parteigenosse einen Posten bekomme. — Der zweite Artikel vom 4. September 1904 wiederholt alle wesentlichen Behauptungen der Goerkeschen Broschüre, unter anderem auch die: Der sozialdemokratische Stadtvorordnete Sellin, der Mittelpunkt der Korruption in Charlottenburg, habe das Spiel der Harmlosen mit dem Erlöse betrieben, daß der Kassierer der Charlottenburger Gewerkschaftskommission sich an der ihm anvertrauten Kasse vergriffen.

Wegen dieser Behauptungen haben die Genossen Sellin und Henschke gegen den verantwortlichen Redakteur der „Germania“, Dr. Beckmann, die Privatbeleidigungsklage angestrengt. Die Klage wurde am Donnerstag vor dem Schöffengericht verhandelt. Den Klägern stand Rechtsanwalt Dr. Karl Liebknecht, den Beklagten Rechtsanwalt Moller zur Seite.

Der Kläger Henschke fühlt sich durch den ersten Artikel beleidigt, denn mit dem Buchbinder H., dem durch Anstellung bei der Ortskrankenkasse eine Stelle geschaffen worden sein soll, könne nur er gemeint sein.

Der Beklagte bemerkt dazu, Henschke sei nicht damit gemeint, die betreffende Angabe sei irrtümlich in den Artikel gekommen, die „Germania“ sei bereit, dem Kläger Henschke eine dazugehörige Erklärung zu geben.

Rechtsanwalt Liebknecht hält dem Beklagten vor, es könne niemand anders als Henschke gemeint sein, denn derselbe sei ja an

Stelle eines entlassenen Postassistenten angestellt worden.

Sellin fühlt sich durch den zweiten Artikel beleidigt, in dem ihm vorgeworfen wird, er habe dadurch, daß er mit dem Kassierer der Gewerkschaftskommission spielte, diesen zur Veruntreuung von Kassengeldern veranlaßt. — Der Beklagte beruft sich darauf, daß alles, was in dem Artikel gesagt werde, den tatsächlichen Angaben der Goerkeschen Broschüre entnommen sei. — Rechtsanwalt Liebknecht hält dem Beklagten vor, daß doch Goerke seine Behauptungen, besonders die auf Sellin bezüglichen, in der am 2. Februar im „Vorwärts“ veröffentlichten Erklärung zurückgenommen und in aller Form als unbegründet erklärt habe. Zum weiteren Beweise beruft sich Rechtsanwalt Liebknecht auf das in seinen Händen befindliche, von Goerke selbst unterschriebene Original dieser Erklärung. — Rechtsanwalt Moller bemerkt, Goerke habe nach Veröffentlichung dieser Erklärung in der Charlottenburger „Neuen Zeit“ erklärt, er habe die im „Vorwärts“ veröffentlichte Erklärung nicht unterschrieben.

Sellin, über das Spielen mit Bleek, dem früheren Kassierer der Charlottenburger Gewerkschaftskommission befragt, sagt: Gewiß habe er mit Bleek gespielt, etwa fünf- bis sechsmal und zwar Stat, Sechshundsechzig und auch Vierblatt. Es sei aber nicht um hohe Beträge gespielt worden, die Unterschlagung, der sich Bleek schuldig machte, sei keine Folge des Spiels und habe nicht mit demselben im Zusammenhang. Bleek habe an ihn, Sellin, nichts verloren. Im Gegenteil, er habe dem Bleek seine Unterstützung angeboten, als es ruckbar wurde, daß Bleek sich an der ihm anvertrauten Kasse vergriffen habe.

Die Verlesung des Strafurteils gegen Bleek ergibt, daß derselbe wegen Unterschlagung von 250 M. gewerkschaftlicher Gelder sowie wegen schwerer Urkundenfälschung, die damit im Zusammenhang steht, zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden ist. In dem Urteil ist nicht festgestellt, daß das unterschlagene Geld im Spiel verloren wurde, das Gericht hat vielmehr angenommen, daß Bleek durch eine wirtschaftliche Notlage zu seinem Schritt veranlaßt worden ist.

Unter den vielen zu diesem Prozeß geladenen und erschienenen Zeugen befindet sich Bleek nicht. Der Beklagte erklärt, er könne auf das Zeugnis desselben nicht verzichten. — Rechtsanwalt Liebknecht bemerkt hierzu, er halte die Ladung Bleeks nicht für erforderlich, er wolle aber keinem Beweisangebot der Gegenpartei widersprechen, da die Kläger an der gerichtlichen Aufklärung dieser Angelegenheit ein mindestens ebenso großes Interesse haben, wie der Beklagte.

Nach weiteren Erörterungen der Prozeßbeteiligten über den Umfang der Beweisaufnahme wird seitens des Beklagten bemerkt, er sei bereit, bezüglich aller den Kläger Sellin betreffenden Angaben der „Germania“ den Wahrheitsbeweis anzutreten. Bleek, auf dessen Ladung er bestche, solle nicht nur bekunden, daß er durch das Spiel mit Sellin zur Unterschlagung veranlaßt worden sei, sondern er solle auch über die Anstellungsverhältnisse in der Charlottenburger Ortskrankenkasse ausführen. Durch andere Zeugen solle der Beweis erbracht werden, daß unter den Sozialdemokraten Charlottenburgs eine Korruption herrsche, deren Mittelpunkt Sellin sei.

Das Gericht beschloß, die Verhandlung zu vertagen und zum nächsten Termin den Zeugen Bleek zu laden.

### Spandau.

Durch Blitzschlag in Brand gesetzt wurde in der Nacht zum Donnerstag das Körnermagazin des Proviantamtes. Der Strahl zündete und es wurden Borräte an Hafer, Wehl und Zwieback in Säcken im Werte von mehreren hunderttausend Mark verunichtet. Der Blitz hatte vermuthlich schon gegen 10 Uhr geübt, dies wurde aber erst, als das Feuer um 12 Uhr aus dem Dach schlug, bemerkt. Die Garnison-Feuerwehre vom 3. Pionierbataillon und die städtische Feuerwehre griffen mit Dampfsprige und Hydranten, zusammen mit 12 Rohren, die Flammen an. Verunglückt ist trotz der vielen Wehl-Explosionen niemand. Das Wehl brannte nachmittag noch.

### Friedrichshöhe.

Die Gemeindeverwaltung der Friedrichshöhe. Die Gemeindevertretung beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit der Beschlußfassung über den Ankauf von Rieseländereien. Der Gemeindevorsteher berichtete über die in voriger Sitzung beanstandeten Punkte und empfahl den Ankauf. Nach kurzer Diskussion wurde beschlossen, die angebotenen 738 Morgen in der Münchehofer Feldmark für den Preis von 750 M. pro Morgen anzukaufen, ferner zwei Wirtschaftshöfe nebst Gebäuden für 65 000 M. — Somit hat Friedrichshöhe sein eigenes Rieselgut, die Kanalisation kann in Angriff genommen werden. Wegen verschiedener Vorkommnisse bei Gemeindegeldern und deren Vergebung hatten unsere Parteigenossen schriftlich den Antrag gestellt, eine ständige Baukommission zu wählen. Diesem Antrage hatten sich auch mehrere bürgerliche Vertreter angeschlossen. Parteigenosse Pinfeler begründete dann den Antrag. Er wies darauf hin, daß bei den in den letzten Jahren für Rechnung der Gemeinde ausgeführten Bauarbeiten sich erhebliche Mängel herausgestellt haben, welche bei Vorhandensein einer ständigen Baukommission unmöglich gewesen wären. So sei der vor drei Jahren ausgeführte Armenhausanbau derartig unzuverlässig gebaut, daß der Gemeinde jährlich über 300 M. Kosten für Abfuhr des Wassers entstehen. Ferner wies Redner auf die Unhaltbarkeit des derzeitigen Modus bei Prüfung, Veranschlagung und Vergabung von Gemeindebauten hin. So sind die Arbeiten der Entwässerungsanlage für 128 000 Mark an die Firma Bruch u. Schloe ohne jegliche Aufschrift vergeben worden, trotzdem diese Unternehmer in einer vorherigen Sitzung als unzuverlässig bezeichnet wurden und erst Einholung von Auskunft in anderen Gemeinden verlangt wurde. Pinfeler meinte ferner, der Gemeindevorsteher werde laut § 88 der Landgemeindeordnung die Vergabung an alle Gemeindegeldern für sein alleiniges Recht in Anspruch nehmen. Demgegenüber gebe der § 103 der Landgemeindeordnung der Gemeindevertretung das Recht, seinem Vorschlage gemäß zu verfahren, d. h. eine Baukommission zu schaffen, ohne deren Mitwirkung keine derartige Arbeit veranschlagt und vergeben werden darf. Der Herr Gemeindevorsteher Löcher trat, wie zu erwarten war, diesem Antrage entgegen. Die Vergabung der Entwässerungsarbeiten ohne Aufschrift an den Unternehmer Bruch sei auf ausdrücklichen Wunsch der Viehzentrale (Ring) und des Bauerngutsbesizers Westfal erfolgt; übrigens gebe doch die Gemeinde nur 38 000 M., somit haben die anderen Interessenten zu bestimmen gehabt. In dieselbe Reihe hieben noch einzelne Schöffen sowie ganz besonders der echt freimüthige Apothekenbesitzer Roth, der keine Gelegenheit vorbeizugehen läßt, ohne daß er das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden in der Theorie verherbt. Hier brach seine Opposition kläglich zusammen. Er freute sich sogar über den jetzigen Zustand, da doch der Gemeindevorsteher und die Schöffen die alleinige Verantwortung tragen müßten. Für den Antrag traten noch die Herren Hinge, Devemeier und Drekow auf. Genosse Pinfeler wies zum Schluß die seitens der Gegner erhobenen Einwendungen zurück. Das Bestimmungsrecht der Interessenten bei der Vergabung der Entwässerungsarbeiten war zurückzuweisen, weil nach dem Vertrage die Gemeinde allein die Unterhaltungspflicht habe. Ganz besonders leuchtete er dem Freimüthigen Roth, dem Verantwortlichen des Selbstverwaltungsrechts, heim. Der Antrag wurde bei der Abstimmung mit zehn gegen acht Stimmen abgelehnt. Der Gemeindevorsteher stimmte als erster dagegen.

### Ablersdorf.

Ein Volks-Waldfest findet in Ablersdorf am Sonntag, den 9. Juli statt. Bekanntlich hatte die Arbeiterkassette seit Jahren einen schweren Kampf um die Lokalfrage zu führen. Nachdem es nun gelungen ist, einige Versammlungsräume zu gewinnen, werden die Inhaber dieser Lokale durch allerlei Chikanen in ihrem Geschäftsbetriebe gehindert. Um so mehr ist es angebracht, die Wirte, deren Lokale der Arbeiterkassette auch zu ihren Versammlungen zur Verfügung stehen, für die mannigfachen Verluste zu entschädigen. Wir

erwarten deshalb — insbesondere auch von der Berliner Arbeiterkassette — eine rege Beteiligung an dieser Veranstaltung. Außer den weiteren Wirtschaften stehen uns folgende Lokale zur Verfügung: Herrn Meißner, Ablersdorfer Garten, am Bahnhof; Meyers Gesellschaftshaus, Bismarckstr. 10; Böllers Feins Lustgarten, am Wald; Zahnte, Ruhwald-Restaurant, am Bahnhof Spindlersfelde; Schuchholz, Garten-Restaurant, Gliederstraße (am Walde).

Der soz. Wahlverein. Die Lokal-Kommission.

### Treptow-Baumshulentweg.

Am Sonntag, den 9. Juli, veranstaltet der Gesangverein „Liedes-Freundschaft“ (M. d. A. S. V.) ein Waldfest in Baumshulentweg. Freunde und Gönner des Vereins sind hiermit herzlich eingeladen. Der Abmarsch der Treptower zum Waldfest erfolgt nachmittags 3 Uhr von Schmidt, Kieholzstr. 22. Um rege Beteiligung ersucht Das Komitee.

## Gerichts-Zeitung.

**Bekämpfung der Revolution durch den Großen Unfug-Pöbel.** Am Donnerstag hatte sich der Musikinstrumentenarbeiter Kamenz vor der 143. Abteilung des Schöffengerichts zu verantworten, weil er die Raiffeisenverwaltung des Sachvereins der Musikinstrumentenarbeiter nach dem Bericht des überwachenden Beamten mit einem Hoch auf die internationale zielbewußte revolutionäre Sozialdemokratie geschlossen hatte. Nach seiner eigenen Angabe hat Kamenz das Hoch auf den revolutionären Sozialismus ausgebracht. Er betonte auch, und ein Zeuge bestätigte es, daß nur Mitglieder des Sachvereins zur Versammlung zugelassen wurden, von diesen habe sich sicher niemand, durch das Hoch beunruhigt gefühlt, so daß also die Voraussetzungen einer Beurteilung wegen groben Unfugs fehlten. — Nun hatte aber, wie das Gericht feststellte, ein Kriminalbeamter in Zivilkleidung Eingang in die Versammlung gefunden, obgleich an der Tür jeder Eintretende seine Mitgliedschaft nachweisen mußte. Dieser Beamte hat — wie könnte es anders sein — an dem revolutionären Hoch vorchriftsmäßig Anstoß genommen. Diese Tatsache ist für die Rettung des Staates von großer Bedeutung, denn wenn grober Unfug vorliegen soll, muß das Publikum belästigt worden sein, und dieser Kriminalbeamte ist im vorliegenden Falle das belästigte Publikum gewesen. Dieses „Publikum“ trat denn auch nach Schluß der Versammlung an seinen uniformierten Kollegen heran mit den Worten: „Herr Wachmeister, haben Sie auch das Hoch gehört?“ — Das hatte der Wachmeister gewissenhaft bejodet, denn, wie er als Zeuge aus sagte, geht seine Instruktion dahin, daß er, wenn ein Hoch auf die revolutionäre Sozialdemokratie ausgebracht wird, dies in seinem Bericht zu vermerken hat. Ob das Hoch der Sozialdemokratie oder dem Sozialismus galt, wisse er nicht, jedenfalls sei das Wort „revolutionär“ gebraucht worden. — Der Staatsanwalt meinte, es sei gleichbedeutend, ob ein Hoch auf den Sozialismus oder auf die Sozialdemokratie ausgebracht werde. Der Sozialismus sei die Summe der Anschauungen, welche die Sozialdemokratie vertritt und die Sozialdemokratie sei die Summe der Menschen, welche diese Anschauungen durch den Umsturz des Staates verwirklichen wollen. Wenn jetzt, wo in Rußland die Revolution ihr Haupt erhoben habe, in einer öffentlichen Versammlung die Revolution verherrlicht werde, dann müsse der preussische Staat zeigen, daß er noch die Macht habe, den Umsturzbestrebungen entgegenzutreten. Er beantragte deshalb, den Angeklagten mit 50 M. zu bestrafen.

Das Gericht erkannte auf eine Geldstrafe von 30 M. Die Versammlung sei nicht nur von Vereinsmitgliedern besucht gewesen, da ja ein Kriminalbeamter die Kontrolle passieren konnte. Wenn auch nur dieser eine beunruhigt worden sei, so genüge das zur Beurteilung wegen groben Unfugs.

**Der Ueberfall am Untergrundbahnhof Zoologischer Garten sollte am 7. und 8. d. M. das Schöurgericht am Landgericht II beschäftigen.** Wegen veruchten schweren Raubes ist der Bauarbeiter Karl Schönborn angeklagt. Wie noch erinnerlich sein dürfte, wurde im März d. J. ein schwerer Raubanfall auf das als Fahrkartenerlöserin in der Untergrundbahnstation angestellte Fraulein Essenberger verübt. Als Fraulein E. zwischen ein und zwei Uhr nachts ihre Kasse geordnet hatte, wurde sie plötzlich von einem Mann angegriffen, der mit einem scharfen Weis bewaffnet war. Fraulein E. ließ laute Hilferufe aus, wodurch der Räuber, der es anscheinend auf einen Lederbeutel mit etwa 800 M., die Tageslösung, abgesehen hatte, die Flucht ergriff. Die Ueberfallene hatte ziemlich schwere Verletzungen erlitten. Die Ermittlungen nach dem Täter waren mit großen Schwierigkeiten verknüpft. Als einzige Handhabe bot sich der Kriminalpolizei nur eine am Tatort zurückgelassene Röhre an, welche die Fingerabdrücke der Ueberfallenen zeigte und das zur Tat benutzte Weis. Nach vielen Vermutungen gelang es, den Angeklagten Schönborn als mutmaßlichen Täter festzunehmen. Mehrere Personen, die den nächtlichen Vorfall aus einiger Entfernung beobachtet hatten, glaubten in Schönborn auch den Täter wiederzuerkennen. Den interessantesten Beweis, daß der Angeklagte der Täter sei, erbrachte indessen der Gerichtschreiber Dr. Jeserich. Dieser fand in der von dem Täter zurückgelassenen Röhre mehrere Kopfschneide. Durch photographische Untersuchungen stellte Dr. Jeserich fest, daß die Haare von dem Kopfe des Angeklagten stammten. — Seitens der Rechtsanwälte Dr. Karl Löwenthal und Dr. Berthauer ist nicht nur ein Alibibeweis angetreten worden, sondern es wird auch die Möglichkeit bestritten, derartige chemische Untersuchungen mit so großer Genauigkeit auszuführen, daß auf Grund solcher eine Verurteilung eines nur geringfügig vorbestraften Mannes erfolgen könne, dem sonst ein gutes Zeugnis ausgestellt werde. Der zu der Verhandlung geladene Dr. Jeserich teilte indessen mit, daß er sich kurzezeit auf seiner Urlaubsreise befinde und nicht erscheinen könne. Die Verhandlung, zu welcher außer 30 Zeugen noch 5 Sachverständige geladen sind, mußte aus diesem Grunde aufgeschoben werden und wird nunmehr erst nach den Gerichtserien das Schöurgericht II beschäftigen.

**Berliner Marktpreise.** (Ermittelt vom Polizei-Präsidenten.) Futtergerste, gute Sorte 1 Dg. 16,00 (15,50), mittel 15,10 (14,50), geringe 14,20 (13,40). Oel, gute Sorte 16,40 (15,50), mittel 15,40 (14,60), geringe 14,50 (13,70), frei Wagen und ab Bahn. Rüböl, 5,32 (5,00). Hen (neu) 6,80 (5,00), alt 0,00 (0,00). Erbsen, gelbe, zum Kochen 40,00 (30,00). Speisebohnen, weiße 20,00 (20,00), Pansen 60,00 (30,00), Kartoffeln 9,00 (7,00). Rindfleisch, von der Keule, 1 Kg. 1,80 (1,30), Bauchfleisch 1,40 (1,00), Schweinefleisch 1,80 (1,30), Kalbfleisch 2,20 (1,20), Hammelfleisch 1,80 (1,40), Butter 2,80 (2,20), Eier (60 Stück) 4,00 (2,80), Karpfen, 1 Kg. 2,20 (1,20), Kälbe 3,00 (1,20), Jander 3,20 (1,80), Nichte 2,80 (1,40), Parische 2,00 (1,00), Schafe 3,00 (1,20), Weile 1,60 (0,80), Krebse (60 Stück) 20,00 (3,00).

**Witterungsübersicht vom 6. Juli 1905, morgens 8 Uhr.**

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temperatur in Grad Celsius	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temperatur in Grad Celsius
Spandau	755,9	3	bedeckt	17	Saparanda	747	3	2	wolkig	16	
Hamburg	753,9	3	3	16	Petersburg	754	3	3	1	19	
Berlin	756,9	3	3	16	Scilly	766	3	3	1	14	
Frankfurt a. M.	760,9	3	3	16	Aberdeen	768	3	3	1	12	
München	760	3	3	16	Paris	768	3	3	1	15	
Wien	758	3	3	19							

**Wetter-Prognose für Freitag, den 7. Juli 1905.**

Langsam aufsteigend bei mäßigen nordwestlichen Winden und etwas höherer Tagestemperatur; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

**Wasserstand am 5. Juli.** Elbe bei Ruffin — 0,35 Meter, bei Dresden — 1,74 Meter, bei Magdeburg + 0,72 Meter. — Unstrut bei Straußfurt + 1,00 Meter. — Oder bei Rastorf + 1,00 Meter, bei Breslau Oder-Begel + 4,88 Meter, bei Breslau Unter-Begel — 1,34 Meter, bei Frankfurt + 1,15 Meter. — Weichsel bei Brahmünde + 2,78 Meter. — Barthe bei Polen + 0,28 Meter. — Neys bei Wlch + 0,46 Meter.

**Prater-Theater**  
Kastanien-Allee 7-9.  
Täglich:  
Zwischen Himmel und Erde.  
Or. romantisch. Ausstattungstil.  
Reine Dekorationen und Kostüme.  
Eine schreckliche Nacht.  
Große Pantomime der Gullano  
Phoebes Troupe.  
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.  
Numerierter Platz 50 Pf.

**Schweizer-Garten.**  
Am Königstor. Am Friedrichshain.  
Täglich

**Theater-Vorstellung**  
◆ Neue Spezialitäten. ◆  
Volksbelustigungen.  
Zum Schluss:  
**Weibliche Fofeis.**  
Ausstattungsposse mit Gesang von  
H. Berner.

**WINTERGARTEN**

Harry Allister, Mimiker.  
Damm Bros., komische Akrobaten.  
Lise Manville, Pariser Sängerin.  
Alexandroff, russische Tanz- und  
Gesangstruppe.  
Mason u. Forbes, kom. Excentrics.  
La belle Otarie, spanisch. Tänzerin.  
A. W. Asra, Billard-Jongleur.  
Philadelphia, Elefant und Affen.  
Keno Welch Montrose, Akrobaten.  
Mlle. Lo, lebende Bilder.  
Die 4 Welsens, Turner.  
Bogdan-Truppe, militärische Exer-  
zition mit Gesang.  
Biograph.

Otto Pritzows  
**Abnormitäten-Ausstellung**  
Münzstr. 16.  
Neu ! ! ! ! ! Neu  
**? Mne-Mno-Mni ! ?**  
frei in der Luft liegende  
Türkin  
Anatom. Rätsel. Med. Wunder.  
Neu renoviert! Neu renoviert!

**Ostbahn-Park.**  
Am Küstrinerplatz, Rüdersdorferstr. 71.  
Hermann Imbs.  
Täglich:  
**Gr. Konzert, Theater  
und Spezialitäten-  
Vorstellung.**  
Entree 15 Pf., wofür ein Glas Bier  
verabreicht wird, also kein Entree.

Paul Schwarz'  
**Sommer-Theater**  
Lichtenberg, Dorfstr. 25/26.  
Täglich: **Konzert.**  
**Gr. Spezialitäten-Vorstellung.**  
Das großartige Juli-Programm.  
Anfang 5 Uhr.  
Jeden Mittwoch: **Elite-Tag.**

**Reichshallen.**  
Stettiner Sänger.  
Zum Schluss, neu:  
**Soldatenherzen**  
Wittler, Ensemble von  
Weyhel  
Anf. 8. Sonntag 7 Uhr.  
Vom 16. bis 31. Juli  
(während der Ferien-  
reise der Stett. Säng.)  
Wasspiel d. berühmten  
Solar Jungbühnel  
mit seiner vorzüglichen Orchesterleitung.

**Etablissement Buygenhagen**  
Horitzplatz.  
Täglich  
im großen schattigen Garten:  
**Streich-Konzert.**  
Ricardo Munez.  
Bei unangenehmem Wetter im Saal.

**Victoria-Brauerei**  
Lützowstr. 111/112.  
Täglich:  
**Horst's  
Sänger.**  
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

**Passage-Panopticum.**  
Die Sensation der Saison:  
**Der Riese  
Machnow**  
der größte Mensch, der je  
gelebt hat. Ohne Extra-Entree.  
Neu! Zum erstenmal in Europa:  
**Der lebende Eismensch**  
aus dem nördlichsten Kanada.  
Ohne Extra-Entree.

**Diez' Spezialitäten-Theater.**  
Landsberger Allee 76/79,  
direkt an der Ringbahnstation.  
Ob schön! Ob Regen!  
Täglich  
im herrlichen Garten oder Saal:  
**Konzert und Vorstellung.**  
Vollständig neues Programm,  
das **größte und beste**  
Berlins.

**40 Sensations-Nummern.**  
Entree Wochenends 20 Pf., Sonntags  
30 Pf. Jeder Erwachsene hat ein  
Kind unter 10 Jahren frei, ältere  
zahlen halben Eintrittspreis.

**Diez' Seeterrasse, Lichtenberg.**  
Rüderstr. 6.  
Jeden Sonntag, Dienstag u. Freitag:  
**Großes Militär-Konzert.**  
Auftritt des phänomenalen Meister-  
sängers **Alfred Schneider** mit  
seinem konfuzengl. Feuer-Glücken-  
Todes-Hindernisprung. Um 6 1/2  
und 10 Uhr: Auftreten der welt-  
berühmten Turmfesthäuser „The  
Lipelits“. Brillant-Land u.  
Wasser-Feuerwerk.  
Erstkl. Spezialitäten, Theater.  
Wochenends 10 Pf.

**Tischler-Verein zu Berlin.**  
G. S. 89.  
Sonntag, den 8. Juli, abends 8 1/2 Uhr, Reichstr. 15:  
**Versammlung.**  
Tages-Ordnung: 198/17  
Vereinsangelegenheiten. — Aufnahme neuer Mitglieder.  
Sonntag, den 9. Juli, früh präzise 7 Uhr:  
**Dampferpartie mit Musik nach Hessenwinkel.**  
Einige Billets sind noch in der Versammlung zu haben.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Zahlstelle Berlin. 88/9  
Freitag, 7. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15,  
Saal V:  
**Sitzung der Ortsverwaltung.**  
**Achtung! Einsetzer. Achtung!**

Sonntag, den 9. Juli 1905, vormittags 10 Uhr,  
finden in den nachbenannten Lokalen die bekannten  
**Bezirks-Sitzungen**  
statt.

Es ist dringend notwendig, daß ein jeder Verbandskollege, der  
als Einsetzer beschäftigt ist, die ihm nächstliegende Sitzung besucht; auch  
werden dabei neue Mitglieder aufgenommen.  
Des weiteren werden die Kollegen nochmals auf die am Mon-  
tag, den 10. Juli, nach **Neuer Krug** (Oberspree) stattfindende  
**Dampferpartie** aufmerksam gemacht, und ersucht, Sonntag in  
sämtlichen Bezirken die entnommenen Billets bestimmt abzugeben.  
**Zu beachten!** Die Abfahrt findet nicht, wie es irrtümlich auf den  
Billets sowie auf der Plakate heißt, von der **Jannowitzbrücke**  
aus statt, sondern von der  
**Stralauerbrücke (Anlegestelle Kahnt u. Hertzner).**  
Die nächste  
**Kommissions-Sitzung**  
findet Montag, den 17. Juli, abends 8 Uhr, im Gewerkschafts-  
hause, Engel-Ufer 15 (Saal 2) statt.  
Der Obmann.

Sonntag, d. 9. Juli:  
**Dampfer-Extrafahrt**  
nach dem „Wollersdorfer Schloß“.  
Abfahrt nachm. 2 Uhr von der Stralauerbrücke (alte Plakatebrücke).  
Einfache Fahrt 50 Pf. [37682] **L. Kahnt.**

**Landes-Ausstellungen-Park.**  
Neu erbaut: Festsäle, Café und Conditorei, gedeckte  
Gartenhallen, Fontaine lumineuse.  
Dejeuners von 2,50 Mark an bis 2 Uhr nachmittags.  
Diners von 3 Mark, Soupers von 4 Mark an.  
Täglich: **Doppel-Konzert.**  
Illuminations-Abende großen Stiles. 16/16\*

**Verband der an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter**  
Berlins und Umgegend.  
Sonntag, den 8. Juli 1905, im „Schweizergarten“ am Königstor (Friedrichshain):  
**Sommerfest.**  
Spezialitäten und Theater-Vorstellung.  
Anfang der Vorstellung 5 Uhr. Billett 25 Pfennige.  
Im Saale: **Großer Ball.**

Montag, den 10. Juli 1905, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, großer Saal:  
**General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung: Berichte. Wahlen. Gewerkschaftliches.  
Am Sonntag, den 8. Juli, werden Beiträge auf den Zahlstellen nicht kassiert.  
Der Vorstand.  
**Achtung! Kleber! Achtung!**  
Für die zu tarifmäßigen Preisen arbeitenden Kleber werden am Sonntag, den 8. Juli,  
in den untenstehenden Zahlstellen grüne Marken in die Kontrollkarten geklebt, jeder Kleber muß  
für die nächsten 14 Tage diese grüne Marke geklebt haben.  
Zahlstellen:  
Wienerstr. 31 bei Stephan, Runderstr. 6 bei Bode, Lychnersstr. 7 bei Krüger, Bergstr. 10  
bei Nerker, Verlebergerstr. 32 bei Panlow, Ziefmehstr. 35 bei Ridert, sowie jeden Morgen  
auf dem Arbeitsnachweis, Räderstr. 9.  
Wir ersuchen die Bauhandwerker, sich davon zu überzeugen, daß jeder arbeitende Kleber eine  
grüne Marke in seiner Kontrollkarte hat. 178/15

**Andreas-Garten**  
Andreasstr. 26.  
Empfehle der geehrten Nachbarschaft,  
Freunden und Bekannten meine Lokalität  
zu Versammlungen und Festlichkeiten.  
Freundensimmer mit guten  
Beiten, Garten, Regalbahn. Zeit-  
gekochte Biere, guter Mittags-  
tisch von 60 Pf. an. Kalte und  
warme Speisen in bekannter Güte.  
Jeden Sonntag **Tanz**  
bei freiem Eintritt. 35012  
Es ladet ergebenst ein  
**Franz Merkowski.**

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Daupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9679.  
Arbeitsnachweis: Zimmer 34. Amt IV, 3353.  
Sonntag, den 9. Juli 1905, vormittags 9 1/2 Uhr:  
**Branchen-Versammlung**  
der Eisen-, Metall- und Revolverdreher  
im großen Saale des  
„Vereins Berliner Musiker“ (E. Eisner), Kaiser Wilhelmstraße 18 m.  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht unserer Kollegen über den Verbandstag in Leipzig.  
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Jeder Dreher und Revolverdreher ist verpflichtet, für den Besuch  
dieser wichtigen Versammlung zu agieren.  
119/19 Die Ortsverwaltung.  
Montag, den 10. Juli 1905:  
**Sommerfest**  
der Gürtler, Drücker und Berufskollegen  
in der „Neuen Welt“, Fasanstraße 108/114:  
**Konzert, Spezialitäten-Vorstellung, Feuerwerk,**  
**TANZ.**  
Die Kaffeeküche wird um 2 Uhr geöffnet.  
Anfang 2 Uhr. Billets 25 Pf., an der Kasse 30 Pf. Anfang 2 Uhr.  
Programm wird an der Kasse gratis verabfolgt.  
Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pfennig nach.  
Um zahlreichen Besuch bitten **Das Komitee.**

**Abgabe**  
**Ausnahmepreis!**  
**Reichgesteckte  
Portieren**  
Die komplette  
**Dekoration**  
(best. aus 2 Flügeln u. 1 Querb.)  
in **Viktoriafuch** . 5<sup>25</sup> (Wert  
8,50)  
in **Wollserge** 5<sup>85</sup> (Wert  
10,50)  
in **Plüsch** . . . 10<sup>50</sup> (Wert  
16,00)  
Eine Partie Wollportieren mit  
allerliebster Blumenkante per  
Schal 2 Mark.  
**Teppich-Spezialhaus**  
**Emil Lefèvre**  
Berlin S. Oranienstr. 158.  
Nach auswärts per Nachnahme.  
ca. 500  
Abbild.  
**Pracht-Katalog**  
gratis u. franko.  
**Extra billig!**  
**div. Teppiche**  
mit kleinen 36381\*  
**Webefehlern!**

**Kranken-Unterstützungs- u. Begräbnis-  
kasse der Lederzurichter Berlins.**  
(E. H. Nr. 50.)  
Sonntag, 16. Juli, vorm. 10 Uhr,  
bei Feind, Weinstr. 11:  
**General-Versammlung.**  
Tagesordnung:  
1. Rechnungslegung von 2. Quartal  
1905. 2. Geschäftliches. 25706  
Der Vorstand.  
J. u. Gustav Busse.

**„Berliner Arbeiter-  
Radfahrer-Verein“.**  
Mitglied des Bundes  
„Zollbarität“.  
Touren zum Sonntag, 9. Juli:  
1. Abt.: Familien-tour nach Hirsch-  
garten (Hohbeim). Start 1 1/2 Uhr  
Hilowstr. 59.  
2. Abt.: Früh 5 Uhr Hirschenwalde,  
Schloßpark. Start Urban- und  
Blücherstr.-Ecke.  
3. Abt.: Früh 4 1/2 Uhr Kloster Lehnitz,  
1 Uhr Hirschberg, Sperrlingst.  
Start Mariannenpark.  
4. Abt.: Früh 6 Uhr Zwieschuf,  
Gärtn. 2 1/2 Uhr Wendes Volk-  
garten. Start Andreasplatz.  
5. Abt.: Mittags 2 1/2 Uhr Friedrichs-  
felde, Tube. Start Gylisum.  
6. Abt.: Am Sonntagabend Spreewald-  
tour. Ziel Lübbemau. Start abends  
7 und 9 Uhr bei Bernau.  
Sonntag nachmittags 2 Uhr:  
Friedrichsfelde. Start derselbe.  
7. Abt.: Früh 8 1/2 Uhr Zoersfelde,  
Gumlich. Start Ködlerstr. 8.  
Für Landpartie.  
8. Abt.: Früh 1 1/2 Uhr Heldenid.  
2 Uhr Friedrichsfelde, Tube. Start  
Kriminalgericht.  
9. Abt.: Mittags 2 Uhr Friedrichs-  
felde, Tube. Start Schillingstr. 22  
bei Wille. 18/11

**„Vorau II“**  
Einkaufsgenossenschaft des Berliner  
Arbeiter-Radfahrer-Vereins.  
Den Bundesgenossen zur gefälligen  
Reminiszenz, daß sich unsere Ge-  
schäftsstelle vom Montag, den  
10. d. Mts. 2577  
Oderbergerstr. 30  
(Ecke Oderwallstraße)  
im Laden befindet. Geschäftszeit  
vorn. 10-2, nachm. 4-9 Uhr.  
Des Umzuges wegen zieht unsere  
bisherige Geschäftsstelle am 8. und  
9. d. Mts. geschlossen.  
Der Vorstand.

**ANOFORM**  
Streichpulver u. Cream  
sicherste, absolut unschädliche  
Mittel gegen  
**Schweißfuß**  
Wundlaufen, Wundsein, jegliche  
übermäßige Schweißabsonde-  
rung, Wohltat für Touristen.  
In Packungen a 60, 30, 10 Pf.  
Wo nicht in Apoth. od. Drog.  
direkt vom alleinigen Fabrik.  
Apotheker Walter Weiß, Berlin,  
Pücklerstraße 35.

**Greift zu!!!** dem  
Besten  
Monats-Anzüge . . . . . 8,50 Pf. an  
Abonnements-Anzüge . . . 9,50 . .  
Partie-Anzüge . . . . .  
Teils u. unmerklich Beleger. 10,50 . .  
Reise-Anzüge . . . . . 15 . . . .  
Anzüge, Erjah für Rob. 20 . . . .  
Kammgarn-Hosen oder  
Jodetts . . . . . 3 . . . .  
Geringe Kleidungsstücke von Ro-  
manieren. Kleiden, aus den feinsten  
Werkstätten Berlins, teils von Dol-  
liererinnen, total billig. 15/1\*  
Bitte  
**Zentral-Keller, Berlin,**  
adren  
**35 Neanderstr. 35,** an der  
3. Rinnl. d. Stadtbahn Jannowitzbrücke  
**H. Pflanno, 30 Str., 513 8 ab,**  
spotbillig. **Dittsch, Gerichtstr. 32.**

**Sozialdemokratisch. Wahlverein**  
**Rixdorf.**  
**Todes-Anzeige.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Mitglied, der Maurer  
**Karl Hinz**  
(18. Bezirk) 232/18  
verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute  
Freitag, nachmittags 5 1/2 Uhr, von  
der Leichenhalle des neuen Rix-  
dorfer Kirchhofes aus statt.  
Um recht zahlreiche Beteiligung  
erlaubt **Der Vorstand.**

**Zentral-Verband der Maurer  
Deutschlands.**  
**Zahlstelle Rixdorf.**  
Am Dienstag, den 4. d. Mts.,  
verstarb unser Kollege  
**Karl Hinz**  
an der Proletarierkrankheit.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute  
Freitag, den 7. d. Mts., nach-  
mittags 5 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des neuen Rixdorfer Kirch-  
hofes, Mariendorfer Weg, aus statt.  
Um rege Beteiligung erlaubt  
**Die örtliche Verwaltung.**

Hiermit zur Nachricht, daß unser  
Kollege 257/55  
**Joseph Hoppe**  
am Donnerstag, den 6. d. M.,  
verstorben ist.  
Die Beerdigung findet Sonntag-  
nachmittags 4 Uhr auf dem  
Julien-Kirchhof (Hermannstraße)  
statt.  
Die Kollegen von Görs & Kallmann  
(Planinafabrik).

**Todesanzeige.**  
Allen Freunden und Bekannten  
zur Nachricht, daß am 5. Juli zu  
seinem Geburtstag mein lieber  
Vater, unser Vater, Sohn und  
Bruder, der Gastwirt  
**Wilhelm Hanne**  
nach langem, schwerem Leiden  
sanft entschlafen ist.  
Die Beerdigung findet Sonnt-  
tag, den 9. Juli, nachmittags  
3 Uhr, von der Leichenhalle des  
neuen St. Pauls-Kirchhofes in  
Blüthensee aus statt.  
Die trauernden Hinterbliebenen.

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher  
Teilnahme bei der Beerdigung meines  
lieben Vaters, unseres guten Vaters  
**Samuel Münch,** sowie für die  
vielen Kranzbesuche sagen wir allen  
Beteiligten, insbesondere dem Herrn  
Ratszimmermeister E. Meyer und  
den bei demselben beschäftigten Ma-  
neraden und Arbeitern unseren herz-  
lichsten Dank. 25754  
**Die trauernde Witwe**  
nebst Kindern.

**Dankfagung.**  
Für die herzliche Teilnahme an  
dem Begräbnis meiner lieben Frau  
sage ich allen meinen Freunden, Ver-  
wandten und Bekannten sowie den  
Sängern meinen herzlichsten Dank.  
37124 **Wilhelm Lisicke.**

**Dankfagung.** 25755  
Den lieben Genossen meines ge-  
liebten Vaters, unseres Vaters und  
Sohnes, des Friseur  
**Karl Heyn**  
sagen wir hiermit für die Beweise der  
liebvollen Teilnahme bei der Be-  
erdigung unseren herzlichsten Dank.  
**Die trauernden Hinterbliebenen.**

